

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Dienstag, den 22. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Genossen und Genossinnen!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit, naht. Noch imposanter als früher muß das Proletariat seine Mäifeier in diesem Jahre gestalten.

Das Proletariat hat zum Schutze für Leib und Leben der Arbeiter seit vielen Jahren wirksamere Arbeiterschutz, vor allem den Achtstundentag, verlangt. Die Antwort war Hohn und Spott. Statt verbesserten Arbeiterschutzes gab es neue Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände.

Die Arbeiterschaft forderte gegenüber dem behördlichen und Unternehmer-Terrorismus Sicherstellung des Koalitionsrechts. Man drohte dagegen mit weiterer Einschränkung, ja geradezu mit Vernichtung des Koalitionsrechts.

Die Arbeiterschaft forderte mehr Fürsorge für die Kranken, Invaliden und Veteranen, und ausreichende Hilfe für Witwen, Waisen und Säuglinge. Die Antwort lautete: das Reich hat kein Geld, denn es braucht seine Mittel für mehr Soldaten und Mordwaffen. So werden die Kulturaufgaben vernachlässigt.

Schier ungeheuerliche Summen müssen für Zwecke der Kriegsvorbereitungen aufgebracht werden. Seit Jahren jagt eine Rüstungsvorlage die andere. Bald handelt es sich um Heeres-, bald um Marinevorlagen. Und dem Beispiele Deutschlands folgen die übrigen Großstaaten Europas.

Die Lasten, die in diesem Jahre dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollen, sind unerhört. Nicht weniger als weitere 136 000 Soldaten werden gefordert. Frankreich, das nicht in der Lage ist, sein Heer in der gleichen Weise zu vergrößern, will aus Anlaß des deutschen Vorgehens einen Ausgleich dadurch herbeiführen, daß es wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt. Hüben und drüben also gesteigerte Vorbereitungen zum Kriege.

Unsere Mäifeier fällt in die Zeit des preußischen Landtagwahlkampfes — und sie soll benutzt werden, um Sturm zu laufen gegen die Feste der preußischen Reaktion.

Entschlossener und rücksichtsloser als jemals muß deshalb der erste Mai in diesem Jahre zu einer wuchtigen Demonstration des Proletariats werden.

Genossen und Genossinnen! Bereitet die Mai-Demonstration vor! Sorgt dafür, daß die diesjährige Mäifeier alle früheren Veranstaltungen bei weitem übertrifft.

Eindringlicher denn je zuvor muß es den herrschenden Gewalten in die Ohren gellen:

Wir fordern volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung!

Wir fordern den Achtstundentag!

Wir fordern besseren Arbeiterschutz!

Wir fordern gesichertes Koalitionsrecht!

Wir erheben Protest gegen das Wettrüsten!

Nieder mit der neuen Heeresvorlage!

Hoch die Sozialdemokratie!

Hoch der Völkerfrieden!

Berlin, den 21. April 1913.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Rüstungskorruption.

In dem Kampf gegen die wahnwitzige Rüstungsvorlage, die dem Reichstag vorliegt, haben wir in Presse und Parlament schon oft Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, in welcher ungenierter Weise die Herrschaften von Kanonen-, Gewehr- und Munitionsfabriken sich die Gunst der Zeit zunutze machen, um das Deutsche Reich zu schröpfen. Auch das ist ja nicht neu, daß die Kapitalisten, die Waffen fabrizieren lassen, die öffentliche Meinung für ihre Zwecke zu beeinflussen suchen, daß sie die Blätter ausschalten, die am meisten in Rüstungstreiberi und Kriegshetze machen. Die Leute scheuen sich nicht davor, ob sie durch ihr gemeingefährliches Treiben die größten Gefahren für die Völker heraufbeschwören, wenn nur ihr Weizen blüht, ihr Geldbeutel sich füllt. In welcher krupelloser Weise die Herrschaften ihr Geschäft betrei-

ben, zeigen besonders zwei Fälle, die Genosse Liebknecht im Reichstag vorbrachte und die dort das allergrößte Aufsehen erregten. Wir lassen hier die in Betracht kommenden Ausführungen Liebknechts folgen. Nachdem Liebknecht eine Anzahl andere Belege über die Skrupellosigkeit des Rüstungskapitals vorgebracht hatte, fuhr er fort:

Der Kriegsminister sollte sich auch einmal die Arten in Sachen Schröter kommen lassen. Er findet da einen Brief der deutschen Munitions- und Waffenfabrik, die bittet, eine Nachricht in den Figaro zu lancieren, daß die französische Heeresverwaltung die geplante Neubewaffnung mit Maschinengewehren beschleunigen will. Diese Fabrik, wohl nur ein weißer Rabe oder schwarzer Schimmel, will solche Nachrichten lancieren, doch nur, um Stimmung für neue Aufträge in Deutschland zu machen, damit das Geld im Kästen klingelt.

Das ist doch ungemein interessant. Ein solcher Beleg für den Patriotismus der deutschen Waffenlieferanten ist wohl noch nicht dagewesen; die werden vielleicht denken, das ist ein schwarzer Schimmel. Aber Hoffen und Harren macht manchen zum Narren. Der Vorstand der Gussstahlfabrik von Friedrich Krupp unterhielt — darf ich jetzt sagen — in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten Namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an Kanzleibeamte usw. des Heeres und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnisse von geheimen Schriftstücken zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessiert, insbesondere Angaben über Konstruktionen, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber über die Preise, die andere Werke fordern oder die ihnen bewilligt sind. Brandt ist zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung gestellt worden. Die berühmte Firma nutzt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preussische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten. Dieser Zustand besteht seit Jahren. Im Geheimisraum eines Herrn v. Dewitz in Essen liegen oder lagen diese Geheimberichte säuberlich aufbewahrt. Ich habe selbstverständlich von diesen Dingen dem Herrn Kriegsminister Kenntnis gegeben. Der Kriegsminister hat in dieser Angelegenheit seine volle Schuldigkeit getan, er hat eingegriffen sowohl gegen Militärs wie gegen Zivilpersonen, die Untersuchung ist abgeschlossen und hat bis auf's Tüpfelchen aufgegeben, was ich gesagt habe. Der Untersuchungszweck kann nicht mehr gefährdet werden, und deshalb halte ich mich für verpflichtet, das jetzt vorzubringen im Interesse des deutschen Volkes und des europäischen Friedens.

Genosse Liebknecht forderte am Schluß seiner Rede, daß der Firma Krupp keine Aufträge vom Reich mehr erteilt werden sollen. Der Kriegsminister kam durch die Ausführungen Liebknechts in die allergrößte Verlegenheit. Es stehe zurzeit nur fest, daß ein unterer Beamter der Berliner Geschäftsstelle von Krupp einen Feldwebel verleitet habe, Dienstgeheimnisse zu verraten. Es sei noch nicht festgestellt, wie weit das Direktorium der Firma Krupp an der Sache beteiligt sei. Wirklich ein naiver Mann, der Herr Kriegsminister. Der untere Beamte der Firma Krupp hat all die schönen Dinge, die er da durch den Feldwebel erfahren hat, für sich behalten, nur so zu seinem Privatvergnügen hat er den Feldwebel zum Verrat seiner Dienstgeheimnisse verleitet. Es wäre doch lächerlich, anzunehmen, daß der Mann sich auf Dinge, die für ihn doch außerordentlich gefährlich sind, eingelassen hat, ohne daß es den geringsten Zweck hatte. Was sollte er mit seinem Wissen anfangen, wenn er nicht der Leitung der Firma Mitteilung machte und die erhaltenen Schriftstücke seinen Vorgesetzten übergab. Er selbst jezt doch die Preise für die Kruppischen Lieferungen nicht fest! Uebrigens hat Genosse Liebknecht bewiesen, daß die Behauptung, es handle sich nur um einen untergeordneten Beamten, nur eine Ausrede ist. Also die Hunderte von Millionen schwere Firma Krupp, der schon Ansummen aus dem Reichsfiskus zugesprochen sind, scheut sich nicht, zu dem niedrigen Mittel der Bestechung zu greifen. Allerdings liegt schließlich hier ein besonders trasser Fall von Korruption vor. Sehr oft engagieren ja die großen Waffen- und Munitionsfabriken gegen Ministergehälter hohe Offiziere. Das tun sie gewiß nicht, weil sie bei den Herren besonders große kaufmännische Fähigkeiten voraussetzen, sondern weil diese Leute in viele Dinge eingeweiht sind, die zu wissen für die Leitung einer Fabrik, die an den Staat liefert, von größtem Wert ist. Niemand kann die Herren hindern, ihre im Staatsdienst gewonnenen Kenntnisse zu verwenden, wenn sie junge Leute im Kontor von Krupp oder Löwe geworden sind. Uebrigens haben die Herren Generale a. D. und Admirale a. D. gute Verbindungen und das erleichtert das Geschäft sehr.

Das Wegengagieren von hohen Beamten oder Offizieren aus dem Staatsdienst ist ja strafbar, aber der Schritt von da bis zur Bestechung ist doch nicht mehr weit. Wenn es zulässig ist, einen General für 30 000 oder 40 000 Mk. jährlich anzustellen, damit er seine Kenntnisse von Staatsgeheimnissen ausnützt, um das Deutsche Reich bei Lieferungen für das Militär mög-

lichst zu schneiden, warum soll da nicht ein armer Teufel von Feldwebel ein paar hundert oder tausend Mark bekommen. Die Sache liegt zwar hier insofern etwas anders, daß der Mann, als er das Geld bekommen hat, noch im Staatsdienst stand. Aber das ist ein Unterschied, der für das Hirn eines kapitalistischen Geschäftsmachers wirklich zu fein ist. Wenn man auf der frischfröhlichen Jagd nach Profit ist, gibt man auf solche Kleinigkeit nichts.

Als vor einiger Zeit das Jubiläum der Firma Krupp war, fuhr Wilhelm II. nach Essen, um das Ereignis zu feiern. In den „patriotischen“ Zeitungen wurden die großen Verdienste des Hauses Krupp in allen Tonarten bejungen. In Wirklichkeit ist der Firma Krupp und den andern Waffenkapitalisten das Vaterland vollkommen wurst. Bei ihrem Geschäftsbetrieb spielt der Patriotismus ebensowenig eine Rolle wie bei dem Geschäftsbetrieb irgend eines ehrenwerten Mitbürgers, der in alten Hosen macht.

Genau so wie irgend ein beliebiger Trödler kennt Krupp nur ein Ideal und das ist, möglichst viel Geld verdienen. Nur daß die Firmen der Panzerplattenbranche sehr gemeingefährlich sind, während man das von ihrem Kollegen aus dem Hosengeschäft nicht sagen kann, denn die brauchen nicht die Völker aufeinander zu setzen, wenn ihr Geschäft blühen soll. Außerdem suchen die Leute auch nicht den staatlichen Apparat zu korrumpieren, damit Millionengewinne aus den Taschen der Steuerzahler in ihren Beutel fließen.

Unsere Vertreter werden gewiß nichts unterlassen, um für eine vollständige Aufklärung des Falles zu sorgen und der Schweinerei, um ein jezt viel gebrauchtes Wort anzuwenden, ein Ende zu machen. Selbst wenn das in diesem Falle gelingen sollte, so haben doch die Herren vom Großkapital genug Möglichkeiten, den Vater Staat in den Dienst ihres Geldbeutels zu stellen, und so wird auch in Zukunft das deutsche Volk nicht darum herumkommen, daß es mit seinen Steuergroschen den großen Herren vom Rüstungskapital mit hohen Extraprofiten den Geldbeutel füllen muß.

Auf Befreiung von der Ausbeutung durch das Rüstungskapital kann das deutsche Volk erst dann rechnen, wenn es dem Proletariat gelungen sein wird, dem ganzen Rüstungswahnwitz ein Ende zu machen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Militäretat.

Der Reichstag hat in der gestrigen Sitzung die Spezialdebatte des Militäretats fortgesetzt. Noch immer muß Herr v. Heeringen auf seinem Armenländerstuhl ausharren und sich die Kritik anhören, die er vergeblich mit einigen ablehnenden Handbewegungen beleitigen möchte. Namentlich sind es unsere Genossen, die ihm die schwersten Aufgaben zu lösen geben, während er von den Bürgerlichen wenigstens hier und da den bescheidenen Trost einer Dankagung oder Anerkennung erhält. Das empfand er wohl zuerst am deutlichsten, als Genosse Hoch die unerhört gefährlichen Zustände schilderte, die die bekannte Syphusepidemie in Hanau möglich gemacht haben. Weder die Antwort des Generalarztes Schulz noch der Bescheid des Kriegsministers konnte die Wirkung dieser auf genaues Material basierten Kritik irgendwie abschwächen. Noch unangenehmer waren wohl dem Herrn Kriegsminister die Bemerkungen Noskes über den Mißbrauch, der im Interesse höfischer Festlichkeiten und Vergnügungen mit der Verwendung von Truppen getrieben wird. Er erinnerte insbesondere an den Transport der Kathenower Fusaren gelegentlich der Verlobungsfeierlichkeiten im Hohenzollernhaus und an die römischen Schanzarbeiten auf der Saalburg. Herr v. Heeringen hatte es allerdings nicht leicht, darauf zu erwidern, und man kann sich allenfalls wundern, daß er noch soviel Worte aufbringt, um seine Verlegenheit zu decken.

Sein Versuch, entgegen den von der Budgetkommission vorgenommenen Abstrichen die „Pferderationen für Generale“ wieder erhöhen zu lassen, war gleichfalls recht unglücklich.

Genosse Schmidt-Meißner erhob energischen Einspruch gegen die unglaublich niedrigen Löhne bei den sächsischen Remontedepots, und Genosse Büchner erläuterte mit überzeugendem Material die immer noch höchst mangelhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Militärwerkstätten.

Ministerstürzer.

Die kräftige Abschüttelung, die der Kriegsminister am Freitag im Reichstag dem „Berliner Lokalanzeiger“ wegen des Artikels: „Die Forderungen der Armee“ zuteil werden ließ, hat dieses Organ für politische Brunnenvergiftung veranlaßt, einem hinterhältigen Angriff

auf den Kriegsminister Raum zu geben. In einer Betrachtung der Beratung des Militäretats wird nämlich ausgeführt:

„Der Kriegsminister, der zunächst seinen regulären Etat zu vertreten hatte, fühlte sich dabei auf Schritt und Tritt gehemmt durch Schwierigkeiten, in die er durch eigene Schuld geraten ist. Der Reichstag hat ihm in den letzten Jahren alles bewilligt, was zur Verstärkung des Heeres für notwendig erklärt wurde. Daß die Armeeverwaltung nun trotzdem mit neuen Milliardenforderungen kommen mußte, kann das Vertrauen zu ihrer Umsicht natürlich nicht steigern. Es ist deshalb kaum zu verwundern, wenn die Mehrheit des Reichstags jetzt öfter, als es früher der Fall war, ihrem eigenen Urteil statt demjenigen der „amtlichen Zentralstellen“ folgt und durch Abschreibe aller Art der Leitung des Kriegsministeriums ziemlich unverblühte Mißtrauensvoten ausstellt. Unter diesen Umständen wäre es wirklich besser gewesen, wenn Herr v. Heeringen die amtliche Vertretung seinem Nachfolger überlassen hätte, dessen Autorität durch keine Sünden der Vergangenheit geschmälert ist.“

Dem Kriegsminister wird dann ein Vorwurf daraus gemacht, daß er auf den Fall Krupp überhaupt eingegangen ist, denn:

„Er scheint nicht bemerkt zu haben, daß es der Sozialdemokratie nur darauf ankam, durch stundenlanges Debattieren über Dinge, von denen einstweilen nichts Zuverlässiges bekannt ist, eine starke Suggestion auf die öffentliche Meinung und auf die Gerichte auszuüben, die mit der Prüfung der Angelegenheit befaßt sind. Sehr merkwürdig berührte es auch, zu hören, daß der Kriegsminister mit Herrn Liebknecht, diesem energiegeltesten Feinde des preussischen Heeres, einen förmlichen Pakt einging, um ihn dazu zu bestimmen, sein Material gegen Krupp der Öffentlichkeit einstweilen vorzuenthalten. Wir müßten uns über die Stimmungen in Armeekreisen sehr täuschen, wenn diese feststände, aber wohl verbürgte Kunde aus dem Reichstage nicht allenhalben mit ungläubigem Staunen aufgenommen werden sollte.“

Auf dieselbe militärische Kamarilla, die die Scherlpresse dazu benutzte, immer wieder Stimmung für neue Rüstungen zu machen, geht offenbar auch dieser scharfe Angriff gegen den Kriegsminister zurück. Der „Berliner Lokalanzeiger“ wird an sehr einflussreichen Stellen gehalten, die sicher nicht verfehlen werden, dem Kaiser diese „Stimme der Öffentlichkeit“ zu unterbreiten. Daß die Lage des Herrn v. Heeringen als Kriegsminister gezählt ist, ist bekannt; er selbst hat dies Amt nur übernommen, weil es ihm befohlen wurde. Der Kamarilla aber kommt es darauf an, ihn mit dem Mißtrauen des Kaisers belastet zu füttern.

Agit vor sozialdemokratischer Mitarbeit.

Zum eisernen Bestand an Arsenal unserer Gegner gehört die Behauptung, die Sozialdemokratie leiste keine positive Arbeit. Man sollte meinen, die Gegner müßten es mit Freuden begrüßen, wenn die Sozialdemokratie nun einmal positiv — so wie die Gegner diesen Begriff auslegen — mitarbeiten will. Weit gefehlt! Die „Berl. Politi. Nachr.“ des Herrn Schweinburg, die verschiedenen Reichsämtern als Ablagerungsstätte dienen, bringen einen wütenden Artikel gegen die Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bei der Schaffung von Reichs-Behörden positiv mitzuarbeiten. Herr Schweinburg weiß nach, daß die Sozialdemokraten das garnicht dürfen, wenn sie nicht ihre programmatische Auffassung gründlich verlesen wollen. Die neuen Steuern dienen dem Militarismus und dafür könne die Sozialdemokratie unmöglich Mittel bewilligen. Die Voraussetzungen, unter denen die Sozialdemokratie Steuern bewilligen könnte, träfen gerade in diesem Falle nicht zu, denn es handle sich garnicht darum, indirekte Steuern durch direkte zu ersetzen. Die „Berl. Politi. Nachr.“ führen dann weiter aus:

„Darauf kommt es der sozialdemokratischen Parteileitung aber auch garnicht an. Für sie handelt es sich vielmehr darum, diejenigen Parteien des Reichstages, die für eine Reichsvermögenssteuer, wie das Zentrum, oder für eine Reichserbschaftsteuer, wie die National-Liberalen und die Fortschrittler, eintreten wollen, in ihrer Absicht zu bestärken und sie auf dem Wege, den sie nach der Auffassung der Sozialdemokratie bereits beschritten haben, vorwärts zu drängen. Dieses Anstehen kennzeichnet in überaus bemerkenswerter Weise das Maß der Wertschätzung, das die sozialdemokratische Parteileitung den genannten Parteien entgegenbringt. Deren Redner haben im Reichstage genau so, wie das von der Rechten geschehen ist, die Erklärung abgegeben, daß Wehrvorlagen und Defungsvorlagen nur von derselben Mehrheit verabschiedet werden dürften. Mit dieser Erklärung haben sich, so sollte man meinen, auch die beiden liberalen Parteien für die Verabschiedung der Defungsvorlagen auf eine Mehrheitsbildung festgelegt, für die, falls die sozialdemokratische Fraktion die Wehrvorlage ablehnt, eine Beteiligung der angrenzenden Linken überhaupt nicht in Frage kommen kann. Daß diese Voraussetzung zutrifft, ist aber schon jetzt sicher. Die Spekulation, die beiden liberalen Parteien von den anderen angrenzenden Parteien abzubringen und durch sie die Beschlüsse der Sozialdemokratie besorgen zu lassen, muß also fehlschlagen, wenn anders National-Liberalen und Fortschrittler den „Anfall“, den ihnen die Sozialdemokratie zutraut und zumutet, nicht begehen wollen.“

Wagt rot einer Erbschaftsteuer und einer Reichsvermögenssteuer ist die Ursache, die die Auftraggeber des Herrn Schweinburg veranlaßt, sich den Kopf über die Besetzung des sozialdemokratischen Programms zu zerbrechen. Gewiß läme die Regierung mit ihren schwärzlichen Angaben in eine recht verzwirrlte Lage, wenn der Reichstag diese gefährlichen Steuern beschließen sollte. Man könnte doch den Reichstag nicht etwa deshalb aufhalten, weil er den Befehl zur Erhebung der Steuern des Reiches herausgibt. Würden aber Zentrum und Sozialdemokratie die Militärvorlage ablehnen, weil sie nicht zahlen, keh die besitzenden Klassen getroffen werden, dann wäre die Situation nicht minder verworren. Unter dem Anstande ist es wirklich bedauerlich im höchsten Maße, daß die Regierung die Sozialdemokratie angreift, weil die Sozialdemokratie in diesem Punkte keine positive Arbeit leisten dürfte, wenn sie nicht

gegen ihr Programm verstoßen wolle! Die Sorge um unser Parteiprogramm sollte man doch füglich uns selbst überlassen.

Der Wehrbeitrag der Fürsten.

Bürgerlichen Blättern wird von einer Korrespondenz mitgeteilt:

„Die Regierung will aus leicht verständlichen Gründen eine gesetzliche Festlegung dieser Spende nicht zulassen, auch aus allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen nicht. Der Fürstenbeitrag soll den Charakter einer freiwilligen Gabe haben. Demgegenüber werden in der Budgetkommission von der Linken Anträge gestellt werden, die eine Pflicht der Fürsten, mit ihrem Vermögen beizutragen, festlegen wollen. Ob sich eine Mehrheit dafür finden wird, ist sehr zweifelhaft, da die Regierungsvertreter sich mit aller Entschiedenheit dagegen erklären werden, ebenso die National-Liberalen und die Rechte, während die Haltung des Zentrums noch zweifelhaft ist. Uebrigens soll die Höhe der Beiträge, die der Kaiser und mit ihm die anderen deutschen Fürsten leisten werden, nicht etwa der allgemeinen Regierung preisgegeben werden. Auch hier gilt das Steuergeheimnis.“

Diese Mitteilung ist ein Phantasiegebilde. Die Steuerfreiheit der Fürsten bei Reichsteuern steht keineswegs von vornherein fest, muß vielmehr im Gesetz ausdrücklich bestimmt werden. Also nicht die Steuerpflicht, sondern die Steuerbefreiung müßte in dem Gesetz zum Ausdruck kommen. Wir haben nur eine einzige direkte Reichsteuer, das ist die völlig ungenügende Erbschaftsteuer. In dieses Gesetz wurde gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten der Passus hineingeschrieben: „Der Landesfürst und die Landesfürstin sind von dieser Steuer befreit.“ Ohne diese Einschaltung hätten auch die Landesfürsten im Erbfolge Steuer bezahlen müssen. In dem Gesetzentwurf über den Wehrbeitrag steht aber kein Wort von einer Befreiung der Fürsten, das müßte im Reichstag erst beantragt und beschloßen werden. Vielleicht aber, daß bei der Verbreitung der erwähnten Notiz der Wunsch Vater des Gedankens war.

Das ungenügende Sühcopier.

Der Zwischenfall in Nancy ist von der französischen Regierung in schneller Weise erledigt worden, und zwar hat der französische Minister des Innern nach Kenntnisnahme des Berichtes und nach Beratung mit dem Ministerpräsidenten beschloßen, die nachstehenden Maßnahmen zu treffen: Erstens: Die beiden Schulknechte, die sich in der Sonntagnacht auf dem Bahnhofe befanden, werden abgesetzt werden. Zweitens: Es werden Maßnahmen zu einer Umgestaltung der Nancyer Polizei unverzüglich geprüft werden. Diese Maßnahmen werden im Interesse des Dienstes die Verlegung des Zentral-Kommissars und des Spezialkommissars nach sich ziehen. Drittens: Der Präsekt des Departements Meurthe-et-Moselle wird, da er es verabsäumt hat, den Minister des Innern von sich aus unverzüglich zu unterrichten, in ein anderes Amt berufen werden.

Diese Sühne genügt den Franzosenfreßern noch nicht und der konservative „Reichsbote“ bemerkt hierzu: „Dies sind Maßregeln, die innere französische Verwaltungsangelegenheiten betreffen. Die deutsche Regierung kann sich hiermit in keiner Weise zufrieden geben, sie muß strenge Bestrafung der wirklich Schuldigen und eine förmliche Entschuldigung der französischen Regierung verlangen, sonst ist das Ansehen des Reiches schwer geschädigt.“

Wir meinen, die Kriegsheker hätten vorläufig an der Affäre Krupp zu fauen. Oder will man diese Blamage mit erneuter Kriegsheke verwickeln? Das wird nicht gelingen!

Belgien.

Zum Generalstreik. Brüssel, 21. April. Die Arbeiter der städtischen Gasfabrik in Brüssel haben für Dienstag gekündigt. Der 3000 Mitglieder starke Antwerpener Diamantarbeiterverband, der nicht der Generalkommission angegeschlossen ist, und der zunächst nur einen einseitigen Demonstrationstreik machte, beschloß gestern fast einstimmig, von heute ab zu streiken. In Seraing wurde der Sekretär der Metallarbeiter, Lauhaut, wegen angeblicher Bedrohung von Streikbrechern verhaftet. Am Sonntagabend gingen aus dem Revier Henne-gau zahlreiche Gruppen von Kindern nach Nordfrankreich ab. Einer neueren Nachricht zufolge hat heute der Streik wiederum eine bedeutende Ausdehnung erfahren, besonders in Antwerpen, wo jetzt alle Diamantarbeiter streiken. In Centre, Boisvillers, Aütich, Gent, Charleroi, Moll und Brüssel ist der Zuwachs besonders in der Schneiderei, im Baugewerbe, im Metall- und im Buchgewerbe zu verzeichnen. Brüssel hat jetzt über 30 000 Streikende, davon 8000 Metallarbeiter. Auch die Laternenanzünder haben für morgen gekündigt. In den sonstigen Bezirken ist die Situation des Streiks un- verändert. Die heutige Demonstration in Seraing verlief großartig und ruhig. Das Polizeipräsidium von Gent meldet, es habe nie so wenig Überreitungen zu verzeichnen gehabt, wie in voriger Woche. Die Brüsseler Theater nahmen in voriger Woche 50 Prozent weniger ein als sonst. Der Güterwagenverkehr vom Kohlenzentrum nach La Louviere hatte normaler Weise 2600 Wagen täglich; dieser Verkehr ist auf 50 Wagen täglich zurückgegangen. Die Verteidigung des radikalen Abgeordneten und Fortkämpfers der Wahlrechtsfrage, Sanson, gestaltete sich heute nachmittags in Brüssel zu einer gewaltigen Demonstration. Die Streikenden bildeten Spalier.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 22. April.

Die Lübecker Bürgerschaft hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit verschiedenen sehr wichtigen Dingen zu beschäftigen. Zunächst stand zur Erörterung ein Senatsantrag, der den Artikel 46 der Verfassung so ändert, daß dem viel ge- ärgerten und eingehend beratenden Rat der Bürgerschaft ein Einbürgerung zweiter Lehnungen wenigstens teilweise entgegensteht. In diese Richtung, soweit die Erträge in Betracht kommen, anzunehmen die Regierung, die Senatsvorlage ohne Debatte anzunehmen. Genosse Dr. Schlomer machte einen Antrag, die Rechnung, legte

eingehend unsere Stellung zu der Sache dar und beantragte verschiedene Verbesserungen der Senatsvorlage. Solchen Verbesserungen, die auch der Minderheit einen größeren Einfluß sichern sollten, steht der Senat und die Bürgerschaftsmehrheit jedoch ablehnend gegenüber. Auch dem durchaus berechtigten Verlangen, das Budget einer zweiten Lesung zu unterziehen, wurde nicht entsprochen. Ganz lächerlich war es, wenn ein Bürgerschaftsmitglied behauptete, es sei unzulässig, für das Budget die zweite Lesung zu verlangen, wenn man es doch ablehnen wolle. Das Budget ist ein sehr kompliziertes Werk, dessen Einzelheiten dringender einer sorgfältigen Beratung bedürfen, und diese ist nur möglich, wenn eine zweite Lesung stattfindet. Das hat mit unserer Schlussabstimmung garnichts zu tun. Wenn nun irgend jemand eine lächerliche Behauptung zum Ausdruck bringt, die sich gegen die Sozialdemokratie richtet, so kann man sicher sein, daß das Amtsblatt sich damit identifiziert und den geschmacklosen Bissen seinen Abnehmern als etwas Besonderes vorsetzt. So auch in diesem Falle. Die Senatsvorlage gelangte schließlich einstimmig zur Annahme.

Dann folgte die Beratung der von der Theaterbehörde beantragten Abänderung des bisherigen Theaterbetriebsvertrages. Seit Lübeck ein städtisches Theatergebäude besitzt, ist das Theater ein Schmerzenskind unserer Stadt geworden. Nicht so sehr in künstlerischer als in finanzieller Beziehung. Man muß anerkennen, daß das Lübecker Stadttheater Gutes, zum Teil sogar sehr Gutes bietet. Aber die besitzenden Kreise, für die das Theater doch in erster Linie errichtet worden ist, entziehen sich in so großer Zahl ihrer moralischen Pflicht, das Theater häufiger zu besuchen und damit auch finanziell zu unterstützen, daß der Allgemeinheit große Lasten erwachsen. So ist es denn erklärlich, daß die Bürgerschaft sich viel zu oft mit Nachbawilligungen für das Theater beschäftigen muß, die immer zu unliebamen Erörterungen führen. Gestern wurden wieder viele Tausende von Mark gefordert, zugleich auch eine Revision des Theaterbetriebsvertrages verlangt, die den Theaterdirektor in Zukunft ein festes Gehalt in Höhe von 6000 Mark und einen erheblichen Anteil an dem eventuellen Gewinn sichern soll. An einen wirklichen finanziellen Gewinn, den das Theater etwa erbringen kann, ist natürlich nicht zu denken; es handelt sich nur darum, im Rahmen des bewilligten hohen Zuschusses zu bleiben und ihn nicht zu überschreiten. Vom Genossen Löwig wurde der erste Schritt auf dem Wege zur städtischen Regie begrüßt, den die Senatsvorlage zweifellos darstellt. Richtiger sei jedoch die ganze städtische Regie einzuführen als eine halbe mit Gewinnbeteiligung des Direktors. Das wurde auch von Mitgliedern der Theaterbehörde anerkannt. Herr Direktor Fuchs ist gewiß ein ausgezeichnete Künstler, ein vornehmer Mann und ein tüchtiger Theaterdirektor. Aber gerade deshalb stellen wir an ihn die höchsten Anforderungen und üben Kritik, wo es uns notwendig erscheint; so an der Aufnahme minderwertiger Nachwerke in den Spielplan, die nur zur Förderung des schlechten Geschmacks dienen. Nichts kann einem ernststrebenden Künstler widerwärtiger sein, als kritiklose Lobhudelei. Von unserem Fraktionsredner wurden noch verschiedene Anregungen gegeben, die hoffentlich Beachtung finden. Die Senatsvorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit, zu der auch die Sozialdemokraten gehörten, angenommen.

Zu einer längeren Debatte gab endlich noch die vom Senate beantragte Bewilligung von 235 000 Mk. für den Neubau der Freeseher Privat-Modersschule Veranlassung. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich grundsätzlich dagegen, einer Privat-Modersschule aus Staatsmitteln das Gebäude zu errichten; sie hielt auch den dafür vorgesehenen Bauplatz nicht für diesen Zweck als geeignet. Mit hygienischen Gründen bekämpfte Genosse Dr. Schlomer besonders die vorgesehene Verlegung der Schulbierwohnung in den Keller, die leider ebenso wie der ganze Senatsantrag gegen eine starke Minderheit Annahme fand.

Die Bürgerschaft nahm alsdann noch einen Antrag von Dr. v. Broden an, der die Bevorzugung von Lübecker Juristen bei der Anstellung hiesiger Richter verlangt.

Kurz nach 10 Uhr erfolgte die Vertagung der Verhandlungen auf den kommenden Montag.

Verammlung der Bauarbeiter. Am gestrigen Abend nahmen die Bauarbeiter Lübecks Stellung zu dem Angebot, das der Arbeitgeberverband gemacht hatte. Nach einem kurzen Bericht der Verhandlungskommission, wonach die Unternehmer gemüht sind, ihrer Parole folgend, für jedes Jahr einen Pfennig Zulage zu geben und einen weiteren Pfennig zu gewähren, wenn das Landgeld, welches laut Tarif über 6 Klm. von Mitte der Stadt mit pro Stb. 5 Pfg. Zuschlag bezahlt werden muß, von unserer Seite fallen gelassen wird. Allerdings wollen unsere Unternehmer auch großmütig erscheinen; in der Arbeitszeitverkürzung wollen sie ein Entgegenkommen zeigen und zwar soll den Bauarbeitern gnädigst erlaubt sein, des Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend zu machen; natürlich wird die halbe Stunde vom Lohn abgezogen, so daß dann die Bauarbeiter nach Adam Riese im ersten Jahre die horrenden Lohnhöhung von pro Woche 23 Pfg. bekommen. Wenn auch die Bauarbeiter Lübecks an Bescheidenheit gewöhnt sind, so ist doch dieses Angebot für die Lübecker Bauarbeiter und Zimmerer geradezu beleidigend. In der Diskussion wurde von allen Rednern dieses Angebot zurückgewiesen und sogar erklärt, daß die Verhandlungen hier am Orte längst hätten abgebrochen werden können, weil sie doch nur Komödie gewesen seien. Die Stimmung der Mitglieder wurde in folgender Resolution niedergelegt:

Die am 21. April d. J. von 700 Personen tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von dem Angebot des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Lübeck. Die Versammlung lehnt sich dem ablehnenden Standpunkte der Verhandlungskommission an und bedauert, daß der Verband der Unternehmer in bezug auf Arbeitszeitverkürzung, sowie Lohnzulage so wenig soziale Einsicht bekundet und sich durch das Angebot von 1 Pfg. pro Jahr gänzlich über die heutigen zeitlichen Bedürfnisse der Arbeiter im Baugewerbe hinwegsetzt.

Die Versammlung erwartet, gestützt auf die Stärke des Deutschen Bauarbeiterverbandes, daß unseren berechtigten Forderungen trotz unserer Widersacher zum Siege verholfen wird.

Wie uns berichtet, ist eine ähnliche Resolution in einer stark besuchten Zimmerer-Versammlung ebenfalls einstimmig angenommen worden.

h. Schöffengericht am 22. April. Mit einer Verurteilung seiner Mitarbeiter versuchte der Bohrmeister R. seine Verlehen zu entschuldigen. Er war bei der Firma Thiel als Brunnenbohrer beschäftigt und nahm in den 4 Jahren für etwa 6 Mark Kleinigkeiten mit, die beim Brunnenbohren gebraucht werden. Er hat sie nach Angabe bei der Arbeit in die Tasche gesteckt, und aus Versehen nach Hause genommen, wo sie von der Frau im Keller in eine Kiste geworfen wurden. Auf der Heilanstalt Strecken nahm er 5—6 Bohlenenden von 1,20 Meter Länge mit, die er nachher als Brennholz verwendete. Die Wandpation lehnte es ab, deswegen einen Strafantrag zu stellen, während der frühere Arbeitgeber das Mitnehmen seines Eigentums, auch wenn es noch so geringfügig sei, als Diebstahl ansieht, und ihn schon früher deswegen verwahrt habe. Es wäre kaum der Mühe wert, darüber viel Worte zu verlieren, wenn der Bohrmeister nicht die Arbeiter verdächtigte,

Sie seien ihm feindlich gesinnt gewesen und hätten ihn denunziert. Er sei Temperenzler und sie Alkoholfreunde gewesen, deshalb hätten sie ihn einen Schabernack gespielt. Das Gericht stellte wegen der Entwendung von Weinen das Verfahren ein, während in den andern Fällen Mangels Beweise Freisprechung erfolgte. Der Staatsanwalt hatte zehn Tage Gefängnis beantragt.

pb. Wer sind die Eigentümer? Am 19. ds. Mts. ist bei der Viehhalle an der St. Lorenzbrücke und am 20. ds. Mts. Cae Lindenplatz und Rethkeich je ein Handwagen (schottische Karre) gefunden worden. Die rechtmäßigen Eigentümer der Wagen können dieselben an der Polizeiwache St. Lorenz in Augenschein und in Empfang nehmen.

pb. Verhaftet wurde am 21. ds. Mts. ein Matrose von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer, der in der Nacht vom 20. zum 21. ds. Mts. aus einer Privatwohnung im Schlachthofe einen Damenmantel und eine blaue Schirmmütze gestohlen hat.

Die Figur 8-Wagen auf dem Burgfeld war am letzten Sonntag der Zielpunkt der Lübecker. Sämtliche Wagen waren fortwährend voll besetzt und auch die Eingiegele waren fortwährend belagert. Die Automobile der Lichtbahn werden durch eine Kaskette Gelenkkette 20 Meter hochgezogen und dann durchlaufen diese Automobile die Fahrtrecke durch Täler und über Höhen mit rasender Geschwindigkeit. Durch automatische Bremsen werden die Wagen zum Stillstand gebracht.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Zur „Macbeth“-Aufführung am kommenden Sonntag sei betont, daß dem berühmten „Macbeth“-Gast Paul Wegener in Frau Dr. Brnner, ebenfalls Mitglied des Deutschen Theaters in Berlin, eine Lady Macbeth-Darstellerin von bedeutenden künstlerischen Qualitäten zur Seite stehen wird. Das hier zwei vorzüglich aufeinander eingespickte Künstler-Naturen sich gegenüberstellen, erhöht den Wert des Abends ganz bedeutend. Für heute sei noch einmal auf die letzte Aufführung von Saint-Saëns Meisteroper „Samson und Dalila“ mit Fräulein Karell und Herrn Schöpfel in den Hauptpartien und auf die erste Aufführung des entzückenden Opernakters „Die schöne Galathea“ von Suppé in Verbindung mit dem großen Ballett Wiener Walzer von Bayer am Donnerstag hingewiesen. Mittwoch gibt es zu kleinen Preisen Wilhelm Meyer-Foersters populäres Schauspiel „Alt-Heidelberg“.

Schwartzau-Rensfeld. Der Ausflug der Sozialdemokratischen Frauen ist in diesem Jahre am 18. Mai nach Seereh. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Hamburg. Die Entscheidung der Zimmerer. In einer überfüllten Versammlung der organisierten Zimmerer von Hamburg, Altona, Wandsbek usw. erstattete der Bevollmächtigte Lehmann den Bericht über die Tarifverhandlungen. Er begründete sodann in längeren Ausführungen folgende Resolution:

Die heute, am 21. April, tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Zimmerer von Hamburg und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der bisher gepflogenen Tarifverhandlungen und dem Angebot des Baugewerkeverbandes zu Hamburg.

Die Versammelten bedauern lebhaft, daß der Baugewerkeverband der Forderung der Zimmerer: Regelung der Löhne für Einzelarbeiten nach dem Grundsatze: für gleiche Arbeit gleiches Lohn, keinesfalls entgegenkommen gezeigt und diese Forderung strikte abgelehnt hat. Die Versammlung ist einmütig der Ansicht, daß ein gemeinsamer Tarifvertrag ohne Regelung der Lohnfrage für Einzelarbeiten für die Zimmerer hierorts nicht akzeptabel ist. Des weiteren ist die Versammlung der Meinung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit — weil eine Kulturforderung — eine unbedingte Notwendigkeit ist und bedauert, daß auch hierin die Arbeitgeber keinerlei entgegenkommen gezeigt haben.

Bezugnehmend auf das Angebot des Baugewerkeverbandes, beim endgültig genehmigten Abschluß eines neuen Tarifvertrages eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. und ab 1. Oktober 1913 von weiteren 2 Pfg. einzutreten zu lassen, erklärt die Versammlung, daß ein solches Angebot in Anbetracht der vorherrschenden und andauernden Feuerungsverhältnisse für die ganze Vertragsdauer zu minimal ist und weiter diese Lohnerhöhung noch in weiter Ferne steht, da dieselbe überhaupt erst in Betracht kommen kann, wenn die Tarifbewegung in Deutschland erledigt und der Tarif von den in Frage kommenden Zentralinstanzen genehmigt ist.

Der Vorstand wird beauftragt, diese Resolution dem Baugewerkeverband zu Hamburg zuzustellen. Der Vorstand wird ermächtigt, weiter zu verhandeln, und überläßt es dem Baugewerkeverband zu Hamburg, hierzu Schritte einzuleiten.

In der Diskussion wurde die Verschleppung der Tarifverhandlungen scharf gerügt. Die Tarifverträge hätten bis heute nicht gebracht, was man von ihnen erwartete. Die Konjunktur sei nicht schlecht; vielmehr lasse sich deutlich ein kräftiger Aufschwung konstatieren. Mehrere Redner wollten den Vorstand zum sofortigen energischen Handeln veranlassen. Die Konjunktur sei so günstig, daß bereits weit mehr Neubauten als im Vorjahre bei der Baupolizei angemeldet seien. Nach kurzem Schlüsselwort des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Hamburg. Die erste Fahrt des „Imperators“. Heute, Dienstag, in aller Frühe, ist der „Imperator“, ein schwimmender Riese, hinausgezogen zu einer Fahrt, auf der die Kräfte wirksam werden sollen, die in ihm schlummern. Dort, auf dem freien Meere, wird sich zeigen, ob die Menschlein dem eisernen Giganten ihren Willen aufzwingen, ihn ihrem Willen so dienstbar machen können, wie sie es sich so gern ausgerechnet haben. Wir wollen nicht hoffen, so schreibt unser Hamburger Bruderblatt, daß, wie bei der „Titanic“, ein anderer Riese als die Rechenkünste über den Haufen wirft, denn der Koloss hat so schon ungeheure Opfer an Arbeiterleben gefordert. Bis zum Stapellauf, vor etwa Jahresfrist, waren bereits zehn Tote zu verzeichnen und an hundert Verletzungen, teils leichter, zum größten Teil aber schwerer Natur, und daß vom Stapellauf bis zur Fertigstellung auch viel Arbeiterblut vergossen ist, das weiß jeder, der unsere Berichte auch nur einigermassen verfolgt hat. Die Zahl der Toten hat sich noch wesentlich erhöht und die Zahl der Krüppel ebenfalls. Mancher graufige Fisch derer, die beim Bau des stolzen Ozeanriesen zu Krüppeln wurden, wird dem Schiff auf seinen Fahrten nachgeschendet werden, und all der Jammer der Familien, die beim Bau den Ernährer verloren, wird wieder aufleben, so oft sie an den „Imperator“ denken. Und auch sie werden das Schiff verwünschen, wenn es die Meere durchmisst und in schimmernden, luzurischen Sälen die Reichen im Übermaß schmelzen und nicht daran denken, daß so viele brave Arbeiter bei dem Bau ihr Leben lassen mußten. Und wie sind sie gestorben! Der eine wurde von einer Schiffsplanke gegen die Wand gedrückt, daß ihm der Kopf zerquetscht wurde, ein anderer stürzte durch die Stiege, ein dritter wieder durch einen nicht abgedeckten Schacht. So geht das fort. Meistens waren mangelhafte Abdeckung und mangelhafter Stellagenbau die Ursache. Wie oft haben wir schärfste Kritik üben müssen, und wie oft werden wir das in Zukunft noch müssen. Manches ist ja schon gebessert, doch bleibt noch viel zu wünschen übrig. Die

Toten können ja nicht wieder ins Leben zurückgerufen und die Krüppel nicht wieder zu gefunden Menschen gemacht werden; doch daß die Opfer nicht umsonst gebracht sind, wollen wir im Interesse der gesamten Arbeiterschaft wünschen. Und wir wiederholen, was wir schon aus Anlaß des Stapellaufs sagten: Mögen die graufigen Opfer des ersten auf der Willkürwerf bisher erbauten Ozeanriesen der Direktion ins Gedächtnis rufen, daß noch viel zu tun ist, um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter so zu schützen, wie es gefordert werden muß. Ist in der Hinsicht alles gechehen, dann erst hat sie Ursache, auf den Bau eines solchen Riesens stolz zu sein.

Hamburg. Wieder ein Raubmord in Hamburg. Montagabend gegen 6¹/₂ Uhr wurde die 39 Jahre alte Frau Heinrich geb. Martin in ihrer Wohnung Jägerstraße 9 ermordet aufgefunden. Der unbekannte Täter hat ihr mit einem scharfen Messer, das noch nicht gefunden werden konnte, den ganzen Hals durchschnitten. Sämtliche Kommoden und andere Behälter waren durchwühlt. Es wurde das Fehlen eines Sparflüssbuchs über die Summe von 420,59 Mk. festgestellt. Ob auch bares Geld gefunden worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Polizei verfolgt mehrere Spuren, da die Heinrich, die von ihrem Mann, einem Staatsarbeiter, getrennt lebt, sich seit einiger Zeit einem lieberlichen Lebenswandel ergeben hatte.

Apenrade. Preussische Kulturschande. Aus Apenrade kommt die Nachricht, daß dort am Sonnabend ein reichsdänische Gymnastiker, die im dortigen dänischen Besammlungs Haus eine Probe ihrer Kunst gaben, aus gewiesen worden sind. Es handelt sich um einen Teil der Gymnastiker, die im März d. J. Dänemark auf der Pariser internationalen Demonstration für Körperkultur vertraten. Die elf Mann waren einer Einladung der Dänen in Apenrade gefolgt, im dortigen Besammlungs Haus ihre Kunst zu zeigen. Dänische Körperkultur ist aber nicht vereinbar mit den Interessen des preussischen Staates, und deshalb verbot die Apenrader Polizeibehörde die Aufführung durch das ebenso einfache wie brutale Mittel der Ausweisung.

Standesamtliche Nachrichten
vom 13. bis 19. April 1913.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
7. April. Landesrat L. W. G. Chr. Drücke. 8. Steinbrücker I. W. C. Kamp. 9. Handlungsgeselle J. P. F. Blöcker. 10. Lehrer E. F. J. Klockmann. 11. Arbeiter G. C. Schütt. Schiffsführer G. H. F. Bliedernicht. Hausmeister und Bote der Oberzählbehörde C. F. H. Heiser. 12. Kaufmann H. P. W. C. L. Schrey. Schiffsbauer M. Nohmensen. Vereiter F. F. W. L. Schumann. 13. Kellner W. H. Strobach. 14. Straßenreiniger C. W. Zarnom. Arbeiter F. Söhle. Arbeiter W. Matowski. 15. Kaufmann L. F. F. Lödt. Hobler J. R. F. School. Arbeiter W. C. J. C. Köster. Straßenbahnwagenführer Chr. H. F. Fehling. 16. Arbeiter Chr. C. D. Johannsen. 17. Arbeiter F. R. P. Keller. Arbeiter H. D. Kurp. Schmidt C. R. Herrmann. 18. Eisenbahnwagenschieber C. F. C. H. Mardfeldt.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
8. April. Monteur L. O. Amelung. 10. Eisenbahnwagenschieber W. A. C. Schrade. 11. Eisenbahn-Affistent G. F. Barg. Tischlergeselle P. G. A. Schmidt. 13. Bäckergehilfe C. R. Spies. Zimmermann R. F. S. Lehlen. Arbeiter J. A. Prah. Kaufmann J. F. W. Kubs (Dresden). 14. Dipl.-Ing. Ingenieur R. G. Mahne. Arbeiter J. H. W. Klempau. Arbeiter F. C. F. Steinlagen. Straßenbahnschaffner C. M. W. Hollen. 15. Stutzer M. G. Dobrocewski. 16. Arbeiter J. W. G. Schulz. Krankenpfleger A. A. R. Wenzlaff. Güterbodenarbeiter H. Th. M. M. Lemm. 17. Kriminal-Schümann J. O. Piskahn. Ober-schweizer S. Chr. Hansen. 18. Schmidt F. A. C. Krauskopf.

Angedordnete Aufgebote.

14. April. Güterbodenarbeiter W. G. Brandt und M. Petersen, beide in Badendorf. Schlosser E. B. Hilbert und D. C. M. W. Hellmann in Barendorf. Tischlergehilfe J. B. Festerling und M. Wirtner. Schlossergehilfe Ch. A. A. Schröder und A. Ch. Juhl. 15. Verkäufer H. J. J. M. L. Siggelkow und K. F. B. Wendt. Schneidergehilfe W. L. Jülfener und M. F. Ch. Gerstenkorn. Kaufmann R. G. Ch. Meier in Mölln i. Bbg. und L. E. R. Dagt in Pansdorf. 16. Arbeiter O. A. Gräßtadt in Hjelhoe und D. C. M. W. Schröder in Fredeburg. Maschinist W. Weber und F. M. W. Wigger in Lükseerhagen. Maurer G. W. Wentorf und A. F. R. Radde, beide in Burg a. F. Straßenbahnschaffner D. F. L. H. Marck und W. A. Majohra. Arbeiter H. W. B. Hülfs und A. A. D. Peyer. Tischlergehilfe E. J. B. Borth und A. Ch. C. Stöling. Fensterputzer J. O. Hamann und D. A. D. Frost. Bahnhofsarbeiter J. R. W. Kofemany und B. R. F. Hamann. 17. Buchbinder A. R. A. Bernharzig in Segeberg und L. M. Th. Bröfer. Lehrer D. G. Sternberg und W. F. Ch. Lampe, beide in Schwartzau. Seemaschinist E. G. Witsion und G. A. W. A. G. Gehrt. 18. Friseur A. R. D. Meyer und C. E. Stange. Kaufmann D. J. v. Schaak und F. R. Babbe geb. Kädel. Arbeiter W. L. H. Steinbach und M. M. J. Wos in Travemünde. Schneidergehilfe B. Jörgensen und B. Fischer geb. Krauß. Arbeiter F. H. Köster und A. D. Schmäuer in Groß-Weinendorf b. Gutin. Kellner A. Rasmussen und M. W. Görnlein, beide in Hamburg. 19. Postbote S. F. W. Rohlf in Reinfeld und A. P. M. Pille. Tischler W. R. J. Scharrung und W. A. D. Blomberg in Hof Walsrow. Buchbinder J. Adam in Heide und P. D. Mündt in Putschau. Gärtner F. A. D. Zumppe in Charlottenburg und M. Th. E. Meyer. Arbeiter J. Wösch und J. Wjesolowski. Arbeiter J. A. M. Strud und G. M. Andersson. Viehhändler S. P. J. Schulz und F. L. M. Holt geb. Völter. Zollaufseher C. R. W. Hoyer und A. M. R. Reiber. Kessel-schmied W. J. R. Westphal und R. W. A. Schn. Kaufmann A. P. F. G. Stamer in Jarrentin und A. M. G. Erich in Döbberjen.

Eheschließungen.

14. April. Ingenieur J. Karg in Danzig-Langfuhr und M. F. Hehlz. 15. Kinematographenoperateur J. R. A. Beth in Hamburg und G. J. M. Kruse. Feuerwehrmann J. J. H. Raach und M. A. R. Dalchow. Expedient Chr. R. H. Kietz und M. L. M. Gajs. Glaser E. R. L. Weis und A. M. M. Regner. 16. Postbote S. F. Möding und M. M. G. Wöltcher. Gerichtsdiätar P. F. W. Lembke und C. E. L. R. L. Jensen in Güttrow. 17. Kaufmann R. R. Chr. Haffe in Varmen und M. D. F. J. Evers. 18. Kaufmann und Kürschner A. F. W. Haase in Hettstedt und E. S. Gloyer. Maurer R. J. B. Hambro in Marlow und F. L. S. Reiber. Handlungsgeselle R. F. Winkler und G. M. W. Meyer. 19. Schlossergehilfe P. C. A. Kloth und A. R. Stümer. Bautechniker J. C. W. F. Martmann und J. M. A. Soroc. Fensterreiniger A. R. Fick und F. H. D. Puls. Arbeiter J. F. F. M. Schaper und A. R. C. Olrogge. Gefreiter im Inf.-Reg. Lübeck (B. Hans.) Nr. 162 J. G. R. O. D. Schulz und A. M. Gruel. Arbeiter W. J. G. Schroeder und A. B. R. Lindner. Schlossergehilfe J. F. Spodzyński und A. M. W. Barkmann. Kaufmann R. F. C. Runge und A. C. M.

Westphal. Arbeiter C. A. G. Werner und Witwe M. R. D. Köhler geb. Schldt. Klempnergehilfe S. C. A. F. W. Jacobien und A. M. Ritter in Malente. Augenarzt Doktor der Medizin S. Hagemann und G. U. G. Döring. Arbeiter S. R. F. Römer und M. R. W. C. Bruhn in Carlrow. Kaufmann F. W. Glöfen in Hamburg und G. D. C. Lanahof. Zigarenmacher A. D. Schmidt und A. R. F. M. Wulff. Stelmachergehilfe J. S. S. Fischer und G. M. M. Paul. Bäckergehilfe W. J. A. M. Lüneburg und C. J. R. Westmann.

Sterbefälle.

12. April. A. M. G. (genannt Ellen) geb. Dach, Witwe des Polizeirats Dr. jur. F. A. Dach, 74 J. 13. S. M. G. geb. Malow, Ehefrau des Bierfahrers M. L. F. Blohm, 80 J. 14. Heizer H. Chr. M. Meisek, 36 J. R. C. W. Moßin, 1 M. G. Chr. G. geb. Corda, Witwe des Bahnhofsvorstehers A. H. Schoer, 64 J. 15. Chr. M. L. geb. Eagan, Ehefrau des Schmieds J. F. Chr. Hilde, 78 J. Kennerin J. M. Westphal, 63 J. 16. Kellner J. C. Armbrust, 40 J. F. W. S. Wigger, 7 M. G. M. Leag, 24 J. Ein totes Mädchen, W.; Arbeiter C. G. M. Westerson. Maschinist F. C. P. Beck, 48 J. M. A. M. geb. Kalin, Ehefrau des Gärtner S. F. E. H. Haag, 40 J. (Gleneslandwehre). 17. A. M. C. Schuke, 6 M. Chr. M. D. geb. Puls, Witwe des Arbeiters J. F. S. Pedden, vorher verwitwete Heßel, 79 J. Arbeiter J. F. L. Elkve, 71 J. Gärtnergehilfe A. C. Bachmann, 40 J. R. H. S. Lwieshaus, 6 M. 18. G. M. A. geb. Steen, Ehefrau des Landmannes D. F. J. Haack, 45 J. (Maltendorf). S. A. W. Wendler, 9 M. Maurer F. R. Chr. Wittwer, 57 J.

Gemeinschaftsbewegung.

Ausbruch des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien. Auf 13 Gruben sind Sonnabend morgen die Belegschaften nicht angefahren. Die Arbeitniederlegung verlief äußerlich ruhig. Das Revier ist massenhaft mit Gendarmerie über Schwemmt. Auf den Bahnen sind auch Vorbereitungen getroffen, um ev. Militär einquartieren zu können. Weitere Arbeitsniederlegungen sind für Sonnabend abend zu erwarten. Der größte Teil der Belegschaften wird jedoch erst Montag ausständig werden.

Streik im Schuhmachergewerbe in Guben. Bereits vor Oskern legten die Schuhmachergehilfen den Meistern einen neuen Lohnstarif vor, der, außer wenigen Änderungen, schon seit 1908 in der benachbarten Stadt Kottbus in Geltung ist. Darauf reichten die Gehilfen die Kündigung ein. Die Inhaber der Gehtenbetriebe geben sich einwilligen der Erwartung hin, daß die Meister, die allein arbeiten, ihnen die nötigen Hausreiserdienste leisten werden. Auch versuchen sie, Gehilfen aus anderen Gegenden heranzuziehen. Nach den in anderen Städten gemachten Erfahrungen werden sie damit ein vollständiges Fiasko erleben. Zuzug ist fernzuhalten.

Genossenschaftsbewegung.

Die Selben in Liquidation. Der vaterländische Arbeiter-Unterstützungsverein in Zittau besaß dort seit 3 Jahren eine Verkaufsstelle, die zu dem Zweck gegründet wurde, den Konsumvereinen Abbruch zu tun. Gründer der Verkaufsstelle war vor allen Dingen der bekannte Arbeitersekretär Gneuß, der infolge von das öffentliche Licht scheuenden Vorkommnissen Zittau verlassen und anderwärts sein Domizil unter den vaterländischen Unterstützungsverein aufschlagen mußte. Schon seit einem Jahr stimmte man Klagelieder an über schlechte Geschäftsverhältnisse usw. Ein bekannter Großindustrieller, der bekannte Fabrikbesitzer Schubert, garantierte die Defizits und wach eifrig für seine Schutztruppe. Als der Bankrott so in sicherer Aussicht stand, bemühte sich Schubert, Ratschete für die Mitglieder bei Geschäftsleuten zu erzielen. Darauf gingen diese nicht ein. Das alles hat aber nicht verhindern können, daß der Verein jetzt die Auflösung der Verkaufsstelle beschloß. Sämtliche Verbandsmitglieder legten ihre Ämter nieder, da es zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Der Schriftführer des Vereins, ein Rechtskonsulent namens Liefert wurde vor kurzem wegen Kuchenswindels vom Landgericht Bautzen zu acht Monaten verurteilt.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatennißhandlungen en masse. Ein Nebenprozeß wird zurzeit in Thorn vor dem Kriegsgericht der 35. Division verhandelt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird hierüber berichtet: „Im vergangenen Jahre wurden mehrere Stammlaste der I. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 176 befreit, weil sie als Unteroffiziersdienster die ihnen unterstellten Leute nißhandelt hatten. Die Angeklagten redeten sich damals darauf hinaus, daß diese Erziehungslehre in der Kompagnie gebräuchlich sei. Das Kriegsgericht stellte umfassende Ermittlungen an, die jetzt zur Anklage gegen den Kompagniechef Hauptmann Köhler und gegen den Feldwebel Kremin führten. Zur Anklage stehen etwa 500 Fälle, die sich auf mehrere Jahre erstrecken. Geladen sind mehr als 130 Zeugen, zumeist Reservisten. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, und zwar wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und Verletzung des Ehrgefühls des mitangeklagten Offiziers“. Der Prozeß wird voraussichtlich 8 Tage in Anspruch nehmen. Das ist eine treffliche Ergänzung der Klagen, die unsere Genossen im Reichstage gegen die Soldatennißhandlungen erhoben haben.

Ein impfgeuerlicher Arzt wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. In Frankfurt a. M. erkrankten im vorigen Frühjahr 10 bis 12 Personen an schwarzen Blattern. Die Schuld an diesen Erkrankungen wird von der Behörde dem prakt. Arzt Dr. med. Spöhr zugeschrieben, der Naturarzt und Impfgegner ist. Er übernahm im Frühjahr 1912 die Behandlung einer von auswärts zugewandten Dame, die an Blattern erkrankt war. Hierbei zog er sich selbst die Krankheit zu. Er unterließ, sowohl von der Krankheit seiner Patientin, wie von seiner eigenen, Anzeige zu machen, wie es das Seuchengesetz verlangt. Nach seiner Genesung begab er sich ins Ausland. Bald aber erkrankten auch Angehörige seiner Familie und auch einige andere Personen an der Seuche. Hierdurch erfuhren die Behörden von den Krankheitsfällen. Alle Erkrankten wurden schleunigst isoliert und geimpft. Eine ältere Frau ist der Erkrankung erlegen, die anderen Erkrankten sind wieder genesen. Die Zentralbehörde glaubt den Beweis dafür in Händen zu haben, daß alle Krankheitsfälle mit der Erkrankung des Dr. Spöhr in Verbindung stehen. Nach langer Voruntersuchung hat nunmehr die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Dr. Spöhr Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Vergehens gegen das Seuchengesetz erhoben. Der Ausgang des Prozesses wird für die Beirungen der Seegner der Zwangsimpfung nicht ohne Bedeutung sein.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stöwig, Verleger: F. H. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zentral-Verband der proletarischen Freidenker Deutschlands.

Freitag, den 25. April 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Große öffentliche Volksversammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

„Arbeiterschaft, Kirche und Schule“.

Referent: Genosse Andreas Kalnbach, Hamburg.

Freie Diskussion.

Die Herren Theologen, insbesondere Herr Pastor Denker, sind freundlichst eingeladen. — Einem zahlreichen Erscheinen der Lübecker Arbeiterschaft sieht entgegen

Ortsgruppe Lübeck des Verbandes proletarischer Freidenker.

W. Dierk, Huxstraße 38.

Schwartau-Rensefeld.
Frauen-Versammlung
 am Mittwoch, dem 23. April
 abends 8¹/₂ Uhr
 bei Pinkert (Gasthof Transvaal)
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht
 8292) **Die Vertrauensperson:**

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, dem 23. April
 abends 8¹/₂ Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 8297) **Die Ortsverwaltung.**

Infolge der teuren Zeitverhältnisse sehen sich die Mitglieder der unterzeichneten Innung veranlaßt, ihre Preise entsprechend zu erhöhen und bitten das verehrliche Publikum, hiervon gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen.

Uhrmacher-Zwangs-Innung
 Lübeck.

8257)

Melerei Schwartau
 Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
 liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
 in bester Qualität. 8348

Die Maifestzeitung
 für 1913
 reich illustriert, sie werden erscheinen und durch unsere Zeitungsaussträger zu beziehen. Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend.
 E. G. m. b. H.
 Warenabgabestelle VIII., Königstr. III.

Für unsere werten Mitglieder!
In Waschstoffen
 für Blusen und Kleider sind Neuheiten eingetroffen.

Musseline
 in Wolle u. Baumwolle mit reizenden Bordüren.

Größte Auswahl in preiswerten Waschröcken, Moiree- und Lusterröcken. Rock-Volant.

Neu angenommen! Neu angenommen!
Einsatz-Hemden für Herren.
 Ersatz für fertige Oberhemden, sehr praktisch im Gebrauch. 8300

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung Klempner!
Versammlung
 am Mittwoch, dem 23. April
 abends 8¹/₂ Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Durchführung unseres Tarifvertrages.
 2. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.
 3306) **Die Branchenleitung.**

Ordentliche General-Versammlung
 am Mittwoch, dem 30. April
 im Restaurant Bürgerverein,
 Königstraße 25.
 Tagesordnung:
 1. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz, sowie Festsetzung des Gewinnanteils.
 2. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
 3. Verschiedenes.
 Die Bilanz, sowie die den Gewinn und Verlust des Jahres zusammenfassende Berechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstraße 48b, I., von 9-11 Uhr vormittags, zur Einsicht für die Genossen ausgelegt.

Lübecker gemeinn. Bauverein
 e. G. m. b. H.
 Der Vorstand:
 Charles Coleman, Vorsitzender.
 Julius Hahn, Stellvertreter des Vorsitzenden.
 F. Rissom, Kassensführer.
 L. Langenheim, Schriftführer.
 J. Körner. (8247)

Neues Stadttheater.
 Dienstag, den 22. April 1913.
 Abends 7¹/₂ Uhr. Ende 10 Uhr.
 181. B. i. Volk-H. 30. B. i. Dienstag-Ab.
 Zum letzten Mal!

Samson und Dalila
 Oper von Saint-Saëns.
 Overtüre. (8288)

Mittwoch, den 23. April 1913.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10¹/₂ Uhr.
 Außer Abonnement. Kleine Preise.

Alt-Heidelberg.
 Schauspiel von W. Meyer-Förster.
 Donnerstag, den 24. April 1913.
 Anfang 7¹/₂ Uhr. Ende 10 Uhr.
 182. B. i. Volk-H. 30. B. i. Donnerstag-Ab.

Die schöne Galathee
 Kom. myth. Oper von Fr. v. Suppé.
 Hierauf:
Wiener Walzer.
 Gr. Ballettdivertissement v. J. Bayer.
 Mittelpreise.

Zu Vorbereitung: „Der Wilderjünglings Jähmung“. Oper v. Georg Meißner von Shakespeare mit Gastspiel von Paul Wegener und Frau Dr. Brynar vom Deutschen Theater in Berlin.

Fra Diavolo
 komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber.
 Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins
 am Sonntag, dem 4. Mai, sind
Textbücher à 20 Pfg.
 bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Chorverein Lübeck.

Lieder-Abend
 am Donnerstag, dem 24. April 1913,
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Unter gütiger Mitwirkung der Herren Kollwitz (lyrischer Tenor) und Dr. Hartzem (Klavier) vom hies. Stadttheater sowie Herrn Becker.
 (Dirigent: Herr Robert Sulanke.)

PROGRAMM: 8192

I. Teil.

Männergesang:
 a) Dem Lenz entgegen Uhlmann.
 b) Schifferständchen (mit Tenor-Solo) Eyles.

Lieder für Tenor-Solo (Herr Kollwitz):
 a) Wanderlied Schumann.
 b) Der Lenz Hilde.

II. Teil.

Männergesang (Volkslieder):
 a) Haideröslin Werner.
 b) Ach Elslein Kunz.
 c) Hüte Dich Girschner.

Solo für Englisch Horn (Herr Becker):
 a) Wiegenlied } Geist
 b) Andanie pastorale }

Pause.

III. Teil.

Männergesang:
 a) Traum der Liebe Hermes.
 b) Wenn sich zwei Herzen scheiden (Text von E. Geibel) Mendelssohn-Bartholdy.

Solo für Tenor (Herr Kollwitz):
 Arie aus der Oper Martha (Ach so fromm) Flotow.

IV. Teil.

Männergesang:
 Tord Folcon Uhlmann.

Solo für Oboe (Herr Becker):
 Capriccio Winter.

Schlusslied:
 Wanderlied Rothe.

Anfang 8¹/₂ Uhr. Eintritt a Person 25 Pfg.
Karten sind zu haben bei Friedrich Lender, Huxstraße, Carl Wittfoot, Huxstraße und im „Gewerkschaftshaus“.
 Ibach-Flügel aus dem Magazin von F. W. Kaibel, Lübeck, Breite Straße 40.

Mitgliedskarten sind vorzuzeigen. Rauchen verboten.
Garderobe ist abzugeben. Der Vorstand.

Konzerthaus Fünfhausen.
 Morgen Mittwoch: Großer Tanz. Freitag: Tanz. 8302

Der Streik im Borinage.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Um den theoretischen Unterschied zwischen Generalstreik und politischem Massenstreik haben die belgischen Arbeiter sich nie sonderlich gekümmert.

Auch der verstoffteste theoretische Wortklauberei würde indes gegen die Bezeichnung Generalstreik für die jetzige Situation im Hennegauer Kohlenrevier Borinage nichts einwenden können.

Der Eindruck, den ich am Donnerstag, 17. April, von diesem Generalstreik im Laufe einer ausgedehnten Autotour durch das ganze Revier Borinage erhalten habe, ist einfach überwältigend.

Die Sache ist so furchtbar einfach: Die Arbeiter wollen nicht mehr arbeiten und bleiben zu Hause. Und zwar alle, Glasbläser wie Fabrikarbeiter, Metallarbeiter wie Bergleute.

politische Gleichberechtigung verweigert wird, weiter für sie zu arbeiten. Dieser Gedanke ist hier zum starken, einmütigen Willen geworden — und dieser Wille hat dieses Land der Arbeit in ein Land der Ruhe verwandelt.

Nach der Versammlung gehen gleich wieder alle nach Hause. In allen Volkshäusern, die ich besuchte, wurde mir gesagt, daß die Streikenden auch die Cafés der Volkshäuser meiden, und nur zur Kontrolle oder zu Sitzungen hinkommen.

Man denkt hier denn auch noch nicht daran, kommunistische Küchen einzurichten oder die Kinder zu verschicken; die meisten Arbeiter, und besonders die Frauen, scheinen übrigens nicht gewillt zu sein, auch falls das Glend schlimm werden sollte, sich von ihren Kindern zu trennen.

Die Frauen sind übrigens dem Streik ebenso günstig gesinnt, wie die Männer. Zum Teil mag das darauf zurückzuführen sein, daß der wirtschaftliche Nachteil vom Ausfall des Lohnes zum Teil wieder durch andere Vorteile wettgemacht wird: alle Frauen, die ich befragte, meinten, es sei doch schön, wenn der Mann so ganze Tage bei Frau und Kindern zu Hause bleiben könne, und dies käme auch dem Hause und dem Garten zugute.

Der Gedanke des Generalstreiks für das gleiche Wahlrecht scheint hier in der Tat das geworden zu sein, was die Franzosen eine "idée-force" nennen: eine Elementaridee, die aus einer ganzen Reihe von unmittelbaren historischen Erfahrungen geboren, sich schließlich in alle Geirine festsetzt, denen sie infolge ihrer logischen Einfachheit als etwas indisputables, imperatives erscheint.

Bei einer solchen Ruhe des Ausstandes ist die Gefahr von Konflikten mit der bewaffneten Macht natürlich bedeutend verringert. Zwar sind alle Bergwerke und größeren Betriebe mit Militär besetzt, aber bei der ganzen Situation und bei der Stimmung der Streikenden ist die Sinnlosigkeit dieser Maßregeln so offenbar, daß sie ihren Zweck, provokatorisch zu wirken, völlig verfehlen.

Anna.

Roman von Th. Müggé.

(Schluß)

Sie legte die Hand auf Babens Arm, der in steigender Unruhe und Ungewißheit vor ihr stand, und sagte leise: Wohin hat sich Ihr großmütiges und edles Herz verirrt?

Kummervoll rief Baben heftig, dürfen Sie dies schwerwiegende Wort gebrauchen, wenn Sie leichtfertigen Sinnes, ja Anna, leichtfertigen Sinnes, Abenteuer solcher Art wagen?

Sagte ich es nicht, fiel Anna ein, das sind die Beweggründe. Fort mit dem leichtsinnigen Mädchen, fort mit ihr aus Sinn und Gedächtnis. Ein junger Herr begegnet ihr auf der Landstraße, und sofort breitet sie ein Netz von verlockenden Fäden um sein Haupt aus.

Kränze zerrissen, die Blumen sind verblüht, und wenn sie wieder kommen, kann ich nicht mehr fragen. So geht es, meine lieben Herren, einem armen, leichtfertigen Mädchen, und nun, Herr Rudolph von Baben, reißn Sie mein Andenken nur frisch aus, bis auf den letzten Hauch.

Baben hatte ihre Hände ergriffen, die sie ihm entgegenstreckte. Sein Herz hatte einen Kampf bestanden, in welchem Scham, Reue, die letzten Stöße harter Entschlüsse mit Freude und Entzücken kämpften.

Und nun? sagte Anna, beide Hände auf seine Schultern legend und ihm zulächelnd: Was nun, Du ungestüme Mann? Entscheiden Sie, Major, rief Baben, indem er seine Arme fest um Anna schlang; sagen Sie mir, was ich tun muß.

Abgemacht! erwiderte Onkel Tobias, gerührt und heftig mit seinem langen Kopfe nickend. — Ist die beste Genugtuung, die ein Mensch bekommen kann.

Nun, rief Baben, wenn Sie das sagen, mein strenger väterlicher Freund, dann ist der letzte Schatten verschwunden. — Veröhnung, Herr Wilberg, Veröhnung! Ich hoffe, daß wir Freunde werden und einträchtig bei einander wohnen.

Ma! rief Rintel, bläst der Wind von der Seite, um so besser. Er trat an den Tisch und führte Herrn Frese an der Hand, mit dem er eine Zeitlang leise gesprochen hatte. Der alte Herr sah verlegen aus, aber er wurde freundlich ohne das böartige Grinsen, als Anna ihm entgegenrief: Nun, mein lieber Herr und Beschützer, ich will Ihnen, wer die artige Mahjagerin ist, die Ihnen so schlimme Streiche spielte.

Ein Verwandter, fiel Herr Frese hastig ein. Wollte einst Deine Mutter heiraten, sagte der Kapitän, war seine leibliche Cousine. Ich nahm sie ihm fort, und seit dieser Zeit haben wir uns nicht mehr gesehen.

In Zukunft soll es anders sein, rief Anna. Ich weiß von der Geschichte meiner Mutter genug, um auch von Ihnen manches zu wissen. Als ich Ihren Namen hörte und Sie sah, fiel mir alles wieder ein, und mit gutem Grunde konnte ich Ihnen eine prophetische Strafpredigt halten.

Herr Frese bläute sie so gefühlvoll an, wie es selten gesehen war in seinem Leben. — Es ist merkwürdig! rief er, überaus merkwürdig, aber ich werde kommen! — Er hielt Annas Hand fest und sah ihr ins Gesicht, mit einem Ausdruck voll Liebe, die aus alten Erinnerungen sich regte, dann ließ er sie los und sah den jungen Wilberg. Herr Doktor, sagte er mit seinem gewöhnlichen Grinsen, heiraten Sie jetzt in Gottes Namen, ich gebe meine Segen dazu und die Wohnung obenein.

Und nun hört, rief Rintel, indem er seinen langen Arm um Anna und Baben legte. Mir ist in dieser Stadtluft ganz wech und übel geworden. Morgen in der Frühe geht es fort. Euch beide hier nehme ich mit mir. — Nach Lüttauen sollen sie Dich so wenig schicken, wie in's Ministerium. Schüttle den Staub von Deinen Füßen, mein Sohn, und werde ein Müller, die Müllerin steht hier. Wer zu uns kommen will, der komme, er soll willkommen sein. Wir passen nicht in diese häßliche Gesellschaft, wo man auf Anstand und Sitte hält, was aber dahinter liegt, darnach fragt niemand. Darum fort mit Euch, hinaus, wohin Ihr gehört!

In der Wohnung, welche Herr Frese sonst bewohnte, wurde drei Monate nach jenem Tage die glänzende Hochzeit des jungen Doktors mit Fräulein Stephanie gefeiert. — Der alte Herr Frese war jedoch kein Gast dabei, er war nach der Mühle an der Grenze gereist, und ist seitdem schon dreimal dort gewesen. Zum letzten Male hob er des Müllers Sohn aus der Taufe und sagte feierlich, als er den Knaben küßte: Der soll mein Erbe sein! —

Berlin, den 21. April 1913.

145. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsfisch: v. Heeringen.

Militärstat.

4. Tag.

Die Beratung beginnt beim Kapitel „Garnisonverwaltung und Serviswesen“.

Werner-Herzfeld (Ant.) wünscht eine Besserstellung der Kameradschaften.

Schaller (W.) bemängelt die Art der Vergütung von Arbeiter bei verschiedenen Garnisonverwaltungen.

Pauli-Cochem (Z.) bittet, bei den Arbeiten zur Unterhaltung der Gebäude die ausländischen Firmen nicht zu berücksichtigen.

Dr. Becker (Z.) hält gegenüber den neuartigen Ausführungen der Abg. Stücken und Gothein die Zulagen der Offiziere auf der Besatzung der Burg Hohenzollern für gerechtfertigt.

Dr. Neumann-Hofer (Wp.) klagt darüber, daß die Kommandeure der Truppenübungsplätze den Wünschen der umwohnenden Bevölkerung zu wenig Rechnung tragen. Kupp-Waden (R.) wünscht eine stärkere Servisvergütung.

Schmidt-Meißner (SD.) klagt darüber, daß bei den letzten Kaisermandövern in Sachsen die Industrie durch wochenlange Sperrung des Güterverkehrs schwer geschädigt wurde. Die Militärverwaltung sollte doch darauf Rücksicht nehmen, daß in Deutschland auch einige Leute existieren, die das Geld verdienen müssen, daß die Militärverwaltung verbraucht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Koßmann (Z.) klagt über Mandöverschäden; die Türschäden werden zu spät und zu niedrig abgeschätzt.

Generalleutnant Staß: Die Heeresverwaltung ist bemüht, die Abschätzung der Türschäden zu beschleunigen und gerecht zu gestalten. Bei den Mandövern ist die Schulung des Eisenbahnpersonals von außerordentlicher Wichtigkeit.

Das Kapitel wird bewilligt, es folgt „Militärbauwesen“.

Generalleutnant Staß: Die Militärverwaltung steht dieser Anregung impathisch gegenüber; ein entsprechender Antrag ist aber früher von der Budgetkommission abgelehnt worden.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt „Militärmedizinwesen“.

Hoch (SD.): Bereits am 10. Januar habe ich wegen der Typhusepidemie in Hanau angefragt. Aus der Antwort habe ich nicht die Überzeugung gewonnen, daß die Vorgänge von der Militärverwaltung mit der nötigen Gründlichkeit untersucht worden sind. Es ist nicht richtig, daß in der Küche eine Unsauberkeit nicht geherrscht hat. Schon monatelang vor dem Ausbruch der Epidemie ist von den Leuten über schlechtes Essen geklagt worden. Die Epidemie ist auch sehr spät erst als Typhus erkannt worden. Sollte der Grund etwa darin liegen, daß viele Militärärzte in jedem Soldaten zunächst einen Feind und Sekundanten sehen, was schon vielen braven Soldaten das Leben gekostet hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schließlich möchte ich noch anregen, die Gesunde der Leute, die ihre Söhne auf diese schreckliche Weise verloren haben, mitsprechend zu prüfen und ihnen eine Entschädigung zu gewähren.

Generalsekretär Schulz: Eine Unsauberkeit in der Küche kann zur Ausbreitung der Malfenerkrankung nicht herangezogen werden. Klagen über schlechtes Essen sind an die Verwaltung nicht gekommen. Typhus wird häufig erst nach der zweiten Woche erkannt. Daß etwa die Militärärzte die franken Soldaten als Simulanten betrachten, muß ich mit allem Respekt bestreiten. Die Untersuchungsberichte werden durchaus wohlwollend geprüft werden.

Hoch (SD.): Die Militärverwaltung scheint aus den Hanauer Vorgängen nichts lernen zu wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was ich vorgetragen habe, trägt sich an durchwegs einwandfreies Material, der Vertreter der Militärverwaltung aber erklärt einfach: es steht nicht in den Akten, also existiert es nicht. Aber das schlechte Essen haben die Betroffenen ihren Angehörigen schon Monate vor Ausbruch der Krankheit klagen gehört. (Hört, hört! bei den Soz.) Keine Vorwürfe sollen keineswegs familiäre Sanitätsbeamte treffen, aber auf sehr viele treffen sie zu. (Zust. b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Die Militärverwaltung ist selbstverständlich den Ursachen des traurigen Hanauer Falles nachgegangen. Es muß aber in Abrede gestellt werden, daß hier ein Verschulden vorliegt. Wir haben den Fall schon untersucht, ohne Hoch mit seinen Angriffen kam. Wenn aus Material übertrieben wird, so werden wir das prüfen, aber mit so allgemeinen Angaben, wie sie Herr Hoch hier machte, kommt man nicht weiter. Den Angriffen auf die Sanitätsbeamten muß ich entschieden entgegenreden. Das deutsche Volk muß diesen Offizieren dankbar sein, denn der Gesundheitszustand unserer Armee bessert sich von Jahr zu Jahr. (Beifall rechts.)

Hoch (SD.): Man kann hier sagen, was man will, die Herren wissen das immer besser, obwohl sie nicht die Prüfung mit den Soldaten haben, die wir haben. Ich habe nicht bloß allgemeine Angaben gemacht. Allerdings darf ich es nicht wagen, dem Kriegsminister die Friebe vorzulegen, die mir vorgelegt sind, das ist nicht möglich bei der Unzuverlässigkeit, mit der heutezuutage gegen alle diejenigen vorgegangen wird, die im Bedacht stehen, Sozialdemokraten zu sein, oder sozialdemokratische Angehörige zu informieren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Modifikationen für die kommandierenden Generale“, wo die Budgetkommission Änderungen vorgenommen hat, erwidert:

Kriegsminister v. Heeringen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die Beschlüsse der Budgetkommission würden eine erhebliche Verminderung des Einkommens der kommandierenden Generale bedeuten.

Vater Gaus zu Büttlich (R.) erklärt, daß seine Partei für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen werde.

Koßmann (SD.): Ich bin erkrankt darüber, daß der Kriegsminister die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt. Die neue Lösungsvorlage ist in erster Linie durch die Forderungen gewisser militärischer Kreise veranlaßt worden. Der Reichstag hat an die Obergerichtliche der beteiligten Kreise gegenwärtig der Heeresverwaltung appelliert. Wenn irgend eine Garantie von Angehörigen der beteiligten Kreise in Deutschland besteht, hat bei dieser Gelegenheit öffentlich zu sein, so sind es die kommandierenden Generale, für die ich der Kriegsminister aber jetzt ins Zeug legt, weil ihnen gegenüber wird, einen geringen Teil ihrer hohen Bezüge zu spenden. (Beif. bei den links.) Diese Herren, die ein jährliches Einkommen bis zu 6000 Mk. haben, können doch wohl das Opfer von 400 Mk. bringen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat sich immer auf dem Standpunkt gehalten, daß bei den Bestimmungen der Generale Einnahmen vermehrt werden müssen. Jetzt will man es nun vermeiden, daß die Generale mit ihrem Einkommen von 6000 Mark die Kriegskosten in Deutschland nur zugunsten der nicht-

gen Opfer, die breiten Bevölkerungskreisen zugemutet werden, um die Kosten der Rüstungsvorlage zu decken, muß es Befremdend erregen, wenn der Kriegsminister hier den kommandierenden Generalen dieses kleine Opfer ersparen will. Der Reichstag hat allen Anlaß, an den Beschlüssen der Budgetkommission festzuhalten. (Lebh. Beifall links.)

Der Titel wird gegen die Stimmen der Rechten nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen.

Bei dem Kapitel „Verwaltung der Remontedepots“ bemerkt

Schmidt-Meißner (SD.): Die Löhne bei den sächsischen Remontedepots sind unerbötlich niedrig, 1,50 Mark im Winter, 1,90 Mark im Sommer pro Tag. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeitszeit beträgt 10-13 Stunden. Bei diesen Löhnen müssen die Arbeiter sich für ein volles Jahr verpflichten, und außerdem durch Unterschrift ihre Unterstellung unter die Gesundheitsordnung anerkennen. Natürlich bekommt man zu solchen Bedingungen keine tüchtigen Leute und deshalb beschäftigt die Militärverwaltung in Massen ausländische Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit“. Hier ist schleunige Remedur notwendig.

Sächsischer Generalmajor v. Weisdorf: Die Löhne werden nach den Dienstabweisungen festgesetzt und richten sich nach den in der Umgebung der Depots üblichen Sätzen. Auf die Ueberreibungen des Vorredners brauche ich wohl nicht näher einzugehen. (Unruhe b. d. Soz.)

Schmidt-Meißner (SD.): Der Bundesratsvertreter kann keine einzige der von mir angeführten Tatsachen widerlegen. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Die „üblichen Sätze“ werden bezahlt, um den Landwirten nicht Konkurrenz zu machen. Die Landwirte bezahlen diese Löhne aber an Lebewe, die Militärverwaltung dagegen an Verbeiraute. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Beim Kapitel „Umzugs- und Reise- sowie Transportkosten“ ergreift das Wort

Koßmann (SD.): Der Reichstag muß Verwahrung einlegen gegen ungerechtfertigtes Hin- und Herflicken von Truppen und gegen die Verwendung von Soldaten für nicht-militärische Zwecke. Um derartiges scheint es sich bei der Verwendung von Pionieren auf der Saalburg zu handeln, die dort nicht mit modernen Instrumenten, sondern mit solchen altärmischer Soldaten Schanzarbeiten ausführen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist eine Verwendung von Soldaten für private Liebhabereien des Kaisers. Auch die Heranziehung der Kathenower Husaren nach Berlin zu einer privaten Familienangelegenheit hat nichts mit dem Dienst zu tun. Wir haben kein Geld, um es für unnütze Zwecke zu verpulvern, und wir müssen es uns verbitten, daß die Söhne des Volkes im Soldatenrad als Paradedruppen für Prinzen und ihre Bräute verwendet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen solche Verschwendung von Reichsmitteln muß der Reichstag protestieren. Würde der Kriegsminister die Stimmung im Volke kennen, so würde er gegen solche Verwendung von Reichsmitteln Einspruch erheben. (Beif. b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Das Kathenower Husaren-Regiment hat mit dem früheren hannoverschen Königshaus ganz besondere persönliche Beziehungen, und deswegen hatte seine Heranziehung in dem Moment, wo der Stamhalter der königlichen Familie in die preussische Armee eintraten sollte, einen politischen Zweck. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Pionierarbeiten bei der Saalburg handelt es sich um Waldarbeiten, die in der Kaserne nicht vorgenommen werden können, und die doch für den Festungskrieg ganz unerlässlich sind. Die Ausbildung der Truppen wird dadurch gefördert. (Laßen b. d. Soz. und Juris: Mit altärmischen Waffen!) Ach, das ist ja nur Beiwort. Also die Ausbildung der Truppen ist gefördert, ohne daß der Militärverwaltung Kosten erwachsen sind, denn die Kosten sind aus dem Fonds für die Saalburg bezahlt worden.

Beim Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“ bespricht

Büchner (SD.) die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse in den Militärwerkstätten. Die einseitig gefaßten Reichstagsbeschlüsse auf Beseitigung der bestehenden Mißstände hat der Bundesrat abgelehnt oder einfach in den Papierkorb geworfen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verhältnisse werden von Jahr zu Jahr schlimmer und die Rechtfertigungskanonade des Generalv. Wandel kann daran nichts ändern. Hier muß vielmehr gründlich Wandel geschaffen werden. (Hört.) Löhnerhöhungen werden abgelehnt wegen der schlechten Finanzlage. Natürlich es handelt sich ja nur um Arbeiter. Die Affordarbeit graffiert noch ungeheuerlich. Es herrscht besonders in Spandau ein unglaubliches Anreizungssystem der Meister, die dafür besondere Gratifikationen erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Folge dieses Systems ist eine hohe Unfallziffer, und was das schlimmste ist, die Verunglückten werden auch noch bestraft. Wo ist der Privatunternehmer, der sich erdreistet, so herzlos, barbarisch und brutal gegen die verunglückten armen Leute vorzugehen. Ueberhaupt gibt das Strafsystem zu lebhaften Klagen Anlaß. In der vielgeplurten Arbeitsordnung kann sich nicht einmal ein Jurist zurechtfinden. Nach den vorjährigen Klagen Dr. Liebnecks mußten die Arbeiter in Spandau ein Schriftstück unterzeichnen, des Inhalts, daß die Beschwerden unbegründet seien. Den Arbeiter hätte ich sehen mögen, der nicht unterzeichnet hätte. Er wäre sofort in die Käfige gesteckt worden. Der Erlaß der Militärverwaltung gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter erinnert an die Sprache der schlimmsten Schatzkammer. Wer sich nicht fügen will, entlassen. Das ist schimmelter Terrorismus. Mit solchen Stoßschlägen auf den hungerten Magen werden Sie die Wahrheit nicht töten. Wir verlangen das freie und uneingeschränkte Koalitionsrecht auch für die Staatsarbeiter. Ehe Sie das nicht den Arbeitern gewähren, muß der Arbeiterauschuß ein totozoborenes Kind bleiben. Gegenwärtig hat der Arbeiterauschuß den Wert, den die Militärverwaltung ihm beilegt, keineswegs; er ist wohl vollständig in der Luft. Als der Arbeiterauschuß noch lebte wurde, die Arbeiter, die auswärts wohnen, sollten 5 Minuten früher gehen können, um den Zug zu erreichen, wurde ihm vom Direktor geantwortet: für die Arbeiter hätte er nichts übrig. (Hört, hört! b. d. Soz.) Oh die Arbeiter sich die Schwadischheit an den Hals lassen, in ihm ganz egal. — Weiter möchte ich fragen, ob etwa die Spandauer Gewerkschaft in einer Motorbauanstalt umgewandelt werden soll; wenigstens ist dort im Auftrag eines Majors ein Motorboot gebaut worden. Oder sollte es sich dabei um eine private Arbeit handeln? Nach § 1a der Arbeitsordnung sind von der Einstellung Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen Meinungen halbig, oder den Frieden zwischen den Arbeitern und der Verwaltung stören wollen. Unterdrückt werden von der Verwaltung die gelben Organisationen, in denen in erster Reihe Polizei getrieben wird. Wir begehren der Militärverwaltung das Recht zu der Bestimmung des § 1a; es geht ihr gar nichts an, was die Arbeiter außerhalb des Betriebs tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Konsequenz dieser Bestimmung wäre, daß Sie von den Arbeitern auch keine Steuern nehmen, und sie nicht zum Militärdienst heranziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Beseitigen Sie diesen § 1a, und nehmen Sie wirkte Repetition an. Nur dann können die Staatsbetriebe Arbeiterbetriebe werden. (Beifall b. d. Soz.)

General Wandel: Die Löhne in den Militärwerkstätten sind keineswegs fallen gelassen und die Affordarbeit ist so mit Kasernen versehen, daß die Arbeiter gegen Militär gerührt sind. Von einer Unterbrechung kann keine Rede sein. Arbeiter müssen die Leute natürlich. Wir sind dabei, eine einheitliche Arbeitsordnung zu schaffen. Die Frage des Ko-

alitionsrechts habe ich bereits in der Kommission erörtert und brauche darum hier im Plenum nicht noch einmal darauf einzugehen. Mit der Tätigkeit der Arbeiterauschüsse sind die Arbeiter durchaus zufrieden. (Bravo! rechts.)

Trimborn (Ztr.) verlangt die Stattierung der Schreiverstellen.

Generalleutnant Wandel stellt die Stattierung in Aussicht.

Bonschall (Ztr.) klagt über zu geringe Besoldung der Feuerwerker.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr.

Schluß: 7 1/2 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 21. April.

Der Wortführer Dr. Görk eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 30 Min. U. a. ist eine Eingabe eingegangen, auf Karlshof den Einheitspreis für Gas und Elektrizität einzuführen. Der Lübecker Wirtverein erucht um Zurücknahme der Polizeiverordnung vom 1. April, den Verkauf von Brantwein vor 7 1/2 Uhr morgens betreffend. Die Wirte fühlen sich dadurch aufs schwerste geschädigt. Ferner ist eingegangen eine Eingabe des Verlegers der „Eisenbahnzeitung“; in dieser Druckache gibt er den Willen kund, die amtlichen Anzeigen, getrennt von der Tageszeitung kostenlos für den Staat herauszugeben.

Der Senat erklärt, Senator Kabe sei nicht geneigt, die Frist für den Ankauf des Grundstücks Königstraße 19 zu verlängern. Der betr. Antrag ist damit erledigt.

1. Antrag: Abänderung des Artikels 46 der Verfassung.

Der wichtigste Abschnitt befaßt u. a.: Jeder Antrag des Senats muß, bevor er als angenommen gelten kann, einer zeitmäßigen Beratung und Abstimmung unterzogen werden, es sei denn, daß sich bei der ersten Abstimmung mindestens zwei Drittel der Bürgerschaftsmitglieder dafür erklärt haben. Die zweite Lesung darf nicht an dem gleichen Tage stattfinden, Anträge auf Abänderung der Verfassung bedürfen stets der zweiten Lesung. Beim Budget findet eine zweite Lesung nicht statt.

Senator Dr. Fehling: Ueber den Wunsch, zweite Lesungen einzuführen sind manche Jahre dahingegangen. Im Jahre 1874, bei Gelegenheit der letzten umfassenden Revision der Staatsverfassung, waren es nur 4 oder 5 Bürgerschaftsmitglieder, die für das modernste Postulat wie man es damals nannte, eingetreten sind. Anders war es 1907, da traten 51 Mitglieder für den Antrag ein. Von der Bürgerschaft ist mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit für diese Verfassungsänderung eingetreten worden, so daß der Senat einem Entgegenkommen sich nicht entziehen konnte. Die jahrelangen Beratungen führen zum Ausgangspunkt zurück. Ich gebe mich nicht der Auffassung hin, daß die jetzige Formulierung die unüberfehlteste ist. Ein Vorzug ist, daß wir das einführen wollen, was sich in unserer Schwesterstadt Hamburg bewährt hat, und ich wünsche, daß die Erwartungen, die man an die zweiten Lesungen knüpft, sich auch bei uns erfüllen mögen.

Dr. Schömer: Ueber die Notwendigkeit zweiter Lesungen herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Die Gründe, die uns in Gegensatz zum Senat stellen, will ich nicht einzeln anführen. Der Senat hat recht, wenn er sagt, daß um die zweiten Lesungen mit einer gewissen Leidenschaft gekämpft wurde. Es wäre verlockend darauf einzugehen, wie sich der Bürgerauschuß gestaltete durch Einführung zweiter Lesungen. Ich will heute darauf verzichten, hoffe aber, daß mit der Einführung der zweiten Lesung einer der Kugel zum Sarge des Bürgerauschusses geschmiedet wird. Eine lange Geschichte geht dem Antrag voraus, es haben viele Beratungen im Bürgerauschuß und in den Kommissionen stattgefunden. Alle früheren Anträge, die sich mit dieser Frage beschäftigten, kamen darauf hinaus, daß eine zweite Lesung jedesmal eines besonderen Antrags bedurfte. Der jetzige Vorschlag des Senats hat den Vorzug, daß die zweite Lesung als Regel aufgestellt wird; es bedarf also keines besonderen Antrages und keiner besonderen Abstimmung. Nur wenn die Schlusshimmung mit Zwei-Drittel-Majorität genehmigt wird, soll sie ausfallen. Gegen diese Ausnahmebestimmung trage ich Bedenken. Praktisch bereitet es vielfach Schwierigkeiten, eine Zwei-Drittel-Majorität festzustellen. Auch bei kleinen Anträgen, die ohne Debatte erledigt werden, kommen Zerspaltungen vor. Erst lehtin wurde die Erklärung des Bureau von der Bürgerschaft angezweifelt. Eine Schwierigkeit ergibt sich vor allem, daß bei manchen Anträgen eine künstliche Zwei-Drittel-Majorität herbeigeführt werden muß. Bei großen Vorlagen werden bei verschiedenen Paragrafen Einwendungen erhoben und zum Schlusse ist man dann genötigt, doch für die gesamte Vorlage zu stimmen. Ich erinnere nur an die Armenordnung, das Eingemeindungsgezet usw. Wir hoffen, wenn die zweite Lesung stattfindet, daß dann die Einwendungen, die bei der ersten Lesung nicht gehört wurden, in der Zwischenzeit auf ihre Richtigkeit hin geprüft und bei der zweiten Lesung auch berücksichtigt werden. Wir werden in vielen Fällen gezwungen sein, in der ersten Lesung gegen die gesamte Vorlage zu stimmen, und zwar aus tatsächlichen Gründen, um die zweite Lesung durchzuführen. Es wird ein Uebelstand bleiben, wenn zweite Lesungen die Regel sein sollen und doch davon Abstand genommen werden kann, wenn eine Zwei-Drittel-Mehrheit vorhanden ist. Das ist nicht praktikabel. Ich schlage vor, daß eine zweite Lesung nur dann unnötig sein soll, wenn nicht zehn Mitglieder Widerspruch erheben. Würde ein Antrag angenommen, dann hat der Wortführer nur die Aufgabe nach Einwendungen zu stellen. Verlangen zehn Mann dies, muß es geschehen. Diese Feststellung ist sehr einfach; mehr Arbeit macht die Frage nicht und wir vermeiden die Schwierigkeit gegen einen Antrag stimmen zu müssen, den wir selbst billigen. Sie können meinem Antrag ruhig zustimmen. Bei kleinen Anträgen, die prinzipiell nicht wichtig sind, werden sich dann keine zehn Mann finden, die eine zweite Lesung wünschen. Ich ersuche Sie, meinem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben und dadurch die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die dem jetzigen Antrag innewohnen. Wir wünschen auch bei der Budgetberatung eine zweite Lesung. Gerade in diesem Jahre hat sich wieder gezeigt, wie notwendig sie ist. Es braucht ja nicht wieder alles aufgerufen werden. Bei einer so umfangreichen Vorlage, wie das Budget es ist, kommen erst häufig nach der einmaligen Beratung die Bedenken. In diesem Jahre ist beispielsweise festgestellt worden, daß die Verpackung des Theaterrestaurants mit 8200 Mark eingetragen ist, während in den ersten zwei Jahren nur 6000 Mk. Pacht erzielt werden. Mein Antrag verlangt als dritte Forderung die Streichung des letzten Abschnittes, daß die Senatsanträge jedesmal die ersten in der Reihenfolge sind, also den Vorrang vor den Initiativanträgen aus den Reihen der Bürgerschaft genießen. In den letzten Jahren hat sich die Unhaltbarkeit dieses Zustandes bewiesen. Wochen und Monate hat es gedauert, bis Anträge von Bürgerschaftsmitgliedern zur Beratung kamen. Ein solcher Zustand trägt nicht zur Erhöhung und Würde der Bürgerschaft bei. In solch langer Zeit verschiebt sich die Sachlage oft, wie es sich z. B. bei der Fleischsteuerung gezeigt hat. Die Rat am grünen ist, werden die Anträge zurückgestellt. Die Verhältnisse verhältnislich und das einstimmig

Gedacht zu spät. Ich hoffe, daß Sie trotz der Worte des Senats meinem Antrag zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Senator Dr. Fehling wünscht besonders Wert darauf zu legen, daß nach jahrelangen Beratungen eine Uebereinstimmung mit dem Bürgerausschuss erzielt wurde. Weiterungen, wie sie in dem Antrag des Vorredners gewünscht werden, sollte man nicht vorbringen. Es ging unendlich viel weiter als notwendig sei, wenn man den Folgen leisten wollte. Sie meinen doch nicht mit den 10 Mitgliedern solche der Reichsheil. (Heiterkeit!) Die Verhandlungen würden dadurch nur herabgesetzt. Mit der zweiten Lesung hat die Voranstellung der Senatsanträge nichts zu tun. Der Senat ist stets entgegenkommener. Solange der Senat aber noch die Regierung darstellt, müssen seine Anträge den Vorrang genießen.

Dr. Schlomer: Es muß doch vor allem festgestellt werden, ob es wirklich richtig ist, daß bei Ablehnung eines Senatsantrages sich eine zweite Lesung ergibt. Es muß trotzdem eine solche stattfinden, und dem Senat kann dies nur angenehm sein. Auch in anderen Parlamenten und besonders im Reichstag finden zweite Lesungen statt, wenn die erste Lesung keine Annahme der Vorlage zeitigt. Eine Erklärung darüber ist noch wünschenswert. Meine Auffassung, daß auch abgelehnte Vorlagen einer zweiten Lesung bedürfen, ist eine Verbesserung und keine weitgehende Veränderung des Senatsantrags. Es kann ja auch anstatt 10 Mitglieder eine andere Zahl angenommen werden. Besser ist, die zweite Lesung als Regel anzunehmen und in Ausnahmefällen durch eine geringe Zahl von Bürgerausschussmitgliedern die zweite Lesung herbeiführen zu lassen. Es ist ja jetzt auch möglich, namentlich Bestimmungen mit 20 Unterschriften zu bewerkstelligen. So sehr weit reicht also mein Vorschlag von der bisherigen Regelung nicht ab. Ueber das Budget will ich keine weiteren Worte verlieren. Daß der Senat dafür sorgte, daß die Präsidialanträge rechtzeitig zur Beratung kamen, möchte ich betonen. Die letzten Jahre dauerte es häufig lange Zeit. Die Frage nach Freigabe eines öffentlichen Platzes zu Versammlungen und über die Preissteigerung hat sich monatelang hingezogen. Geben Sie meinem Antrag statt.

Senator Dr. Fehling behauptet, daß der Schlomer'sche Antrag grundsätzlich und unendlich weit vom Senatsantrag abweiche. Er sei wohl gut gemeint, aber nicht durchführbar. Einer organischen Entwicklung der Verfassung entspreche er nicht. Jedenfalls sei dieser Antrag nicht so reichlich überlegt. Neuner wünscht eine bestimmte Frist für die zweite Lesung gesetzt. Von Wert für eine solche sei der stenographische Bericht über die erste Lesung, damit sich die Bürgerausschussmitglieder orientieren könnten.

Senator Dr. Fehling: Wenn es sich um eilige Anträge handelt, wird die Bürgergesellschaft schon entsprechend handeln. Einen bestimmten Formalismus sollte man nicht einführen.

Dr. Schlomer: Der Senat bezweifelt die reifliche Ueberlegung meines Antrages. Ich habe nicht das Vergnügen, so lange im Staatsleben tätig zu sein wie der Senatskommissar, aber was ich hier vorbringe, habe ich sehr reiflich erwogen. Was die verschiedenen Kommissionen seit 1907 in Vorschlag brachten, war nicht immer reiflich überdacht. Sie befeitigen die Schwierigkeiten, zweite Lesungen herbeizuführen eben nicht. Sie schaffen nur künstliche Zwei-Drittel-Mehrheiten. Seit ich der Bürgergesellschaft und dem Bürgerausschuss angehöre, weiß ich, welche Schwierigkeiten bei den Abstimmungen vorherrschen. Der Streit über die Abstimmung der Travener Anleghenden hat zu Beschlüssen geführt, die nicht den Wünschen des Bürgerausschusses entsprechen. Wenn nur der Wunsch besteht, eine Zwei-Drittel-Mehrheit herbeizuführen, werden die Unklarheiten in der Abstimmung noch vergrößert.

Senator Dr. Fehling bestreitet, daß sich der Antrag von Dr. Schlomer auf der Linie des Senatsantrages befindet. Sollte der Senat durch eine gewisse Schärfe jemand verletzt haben, so bedauere er es.

Der Antrag von Dr. Schlomer hat folgenden Wortlaut:
Ich beantrage folgende Abänderungen des § 46 der Verfassung. (Zweite Fassung des Senatsantrages.)
1. den dritten Absatz wie folgt zu fassen:
Jeder Antrag des Senats muß, bevor er als angenommen gelten kann, einer zweimaligen Beratung und Abstimmung unterzogen werden. Es kann jedoch von dieser Vorschrift Abstand genommen werden, falls nicht zehn Mitglieder der Bürgergesellschaft Widerspruch erheben.
Die zweite Lesung darf nicht an demselben Tage wie die erste stattfinden.
2. Im Absatz 4 den zweiten Satz (Bei Budgetberatung usw.) zu streichen.
3. Den Absatz 6 ganz zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
Der Wortführer hofft, daß bis zur nächsten Sitzung entsprechende Veränderungen zur Geschäftsordnung der Bürgergesellschaft eingehen.
Der Senat wünscht, daß dies bald geschieht, damit die jetzt genehmigten zweiten Lesungen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Die Verfassung soll in Wälde neu gedruckt werden.
Aug. Pape wünscht für jedes Bürgergesellschaftsmitglied zwei Exemplare, damit eines stets bei den Verhandlungen zur Hand ist. — Der Senat sagt Berücksichtigung zu.

2. Antrag: Änderung des Theaterbetriebsvertrages.

Löwigt: Durch diese Vorlage werden wir lebhaft erinnert an die Vorgänge, die sich vor mehreren Jahren in Lübeck und München abgespielt haben. Damals wie jetzt besaß ein Theaterdirektor, es nicht verantworten zu können, den Vertrag unter den alten Bedingungen zu verlängern. Als damals zwischen dem Direktor und Mitgliedern der Theaterbehörde in München eine Beratung stattfand, wurde dem Direktor erklärt, er möge möglichst sofort vom Vertrage zurücktreten. Heute ist das Verhältnis erfreulicherweise friedlicher geworden. Die Behörde ist bemüht, dem Direktor das größtmögliche entgegenkommen zu zeigen und das zu erfüllen, was ihm in dem Senat steht, das Theater weiter zu führen. Das ist unzweifelhaft ein Fortschritt gegenüber dem, was in München passiert ist. Ich weiß nicht, ob sich die Theaterbehörde selbst so gebessert hat, oder nur mehr Entgegenkommen zeigt, weil ein anderer Theaterdirektor die Leitung übernommen hat. Wenn letzteres der Fall ist, dann mutet das nicht sympathisch an. Die Vorlage bedeutet den ersten Schritt zur Einführung einer Intendanz oder städtischen Regie. Der Direktor erhält sein Gehalt vom Staat, unbeschadet darum, ob ein Defizit im Betriebe zu verzeichnen ist oder nicht. Er kommt zu diesem Gehalt auf alle Fälle, wenn es auch nur 6000 Mark beträgt. Den ersten Schritt auf dem Wege zur Staatsregie begrüßen wir. Nicht ganz unbedenklich scheint es aber zu sein, den Direktor mit Fixum und Gewinnanteil anzustellen. Daß 6000 Mark für einen Direktor nicht ausreichend sind, ist selbstverständlich. Nach meiner Meinung muß dies dahin führen, daß der Direktor, um ein höheres Gehalt herauszuwirtschaften, den Spielplan zu gestalten wird, wie es im Interesse des Zweckes und des Ansehens eines städtischen Theaters nicht erwünscht ist. Die „Großen Hoffen“ müssen als Folge davon zu häufig in den Rücken hineingetan werden. Wir würden es für bedauerlich halten, wenn dem schlechten Geschmaack noch mehr Rechnung getragen würde, als es bisher der Fall war, durch Aufhebung der „Großen Hoffen“ und der öfteren Wiederholung des „Autofleischens“. Ein Theater, das einen Zuschuß von einer Viertelmillion erfordert,

muß einen künstlerisch einwandfreien Spielplan aufweisen. Die Frage ist weiter: ob es schon jetzt unbedingt notwendig ist, an eine Aenderung des Theaterbetriebsvertrages heranzugehen. Die Senatsvorlage sagt, daß diese Spielzeit nicht die erwünschten Erfolge gezeitigt hat, der Besuch ist nicht groß genug. Das ist leider zuzugeben. Dabei möchte ich die Frage stellen, ob nicht auf der anderen Seite ganz erhebliche Ersparungen gemacht wurden. Die Stadthalle ist erfreulicherweise ausgelastet, auch für Gagen sind erheblich geringere Summen verausgabt worden als früher. Ich bin deshalb der Ueberzeugung, daß wir trotz nicht größeren Besuches doch günstiger abkamen als in früheren Jahren. Anfang Januar wurde für die ersten Monate der Spielzeit nur ein Unterbetrag von 2000 Mk. gegenüber 18 000 Mk. in den gleichen Monaten des Vorjahres festgestellt. Wenn diese Ersparnissache erzielt worden ist und angehalten hat, wird ein größeres Defizit in dieser Spielzeit nicht entstehen. Zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn wir diese Vorlage erst erhalten hätten, nachdem die Abrechnung über die jetzige Spielzeit vorgelegen hätte. Dann würden wir ein besseres Bild erhalten als es jetzt der Fall ist. Die Spielzeit soll acht Monate betragen, doch werden nach den neuen Bestimmungen einige Tage, an denen bezahlte Vorproben stattfinden, in die Spielzeit eingerechnet, dadurch wird eine Ersparung erfolgen. Leider steht heute nicht der ganze Theaterbetriebsvertrag zur Beratung. Ich möchte trotzdem den Wunsch aussprechen, daß der Absatz 2 des § 4 — der Direktor und seine Angehörigen dürfen nicht auftreten — abgeändert wird. Im finanziellen Interesse liegt es, wenn dem Direktor die Möglichkeit zum Mitspielen gegeben wird. Bisher wird nur mit einem Teil des Chors ein ganzjähriger Vertrag abgeschlossen. Das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen Chormitgliedern, die auch ihre Schuldigkeit tun, aber mit Beendigung der Spielzeit ausscheiden müssen. Ich möchte wünschen, daß dies geändert wird. Weiter sollte, wenn es möglich ist, eine Herabsetzung der Platzpreise eintreten. Die Frage muß freilich außerordentlich vorsichtig behandelt werden, möglich ist aber eine Veränderung der Platzpreise. Ein Teil der Besucher, der gerne ins Theater will, kann vielfach keinen Platz mehr finden, weil die Karten dafür schon verkauft sind. Erster Rang und Logen stehen leer. Diesem Uebelstand muß abgeholfen werden. Ein weiterer kleiner Wunsch geht dahin, bei Veröffentlichung der Preise die Garderobengebühr in den Preis mit einzubeziehen. Wenn Leute Kinder zum Kartenholen schicken, können sie die Plätze nicht bekommen, weil das mitgegebene Geld nur für den Platz ausreicht; sie wissen nicht, daß die Garderobengebühr gleich mitbezahlt werden muß. Der Vorschlag kostet nichts und ist praktisch. Wir sind der Ansicht, daß der Theaterbetriebsvertrag noch einer Kommission unterbreitet werden müßte, damit geprüft werden kann, ob nicht an Stelle der halben Regie mit Gewinnbeteiligung die ganze Staatsregie gesetzt werden soll, damit das Theater noch mehr dem Zwecke dient, möglichst Bildung in allen Schichten des Volkes zu verbreiten. Ehe ich jedoch einen Antrag auf Kommissionsberatung stelle, will ich die Beratung abwarten.

Dr. J. Meyer hält die städtische Regie für das Theater als das Empfehlenswerteste. Man komme zu diesem Ziel aber nur langsam. Herr Löwigt habe durchaus zutreffend ausgeführt, daß dieser Antrag ein Schritt dazu sei. Durch Annahme dieses Antrages werde man einen Schritt weitergehen. Zu warnen sei vor Kommissionsberatung. In weiteren Künstlerkreisen Deutschlands hege man die Anschauung, daß wir dem Theater nicht günstig gesinnt seien. Durch Ablehnung der Kommissionsberatung sollte man dem Mißtrauen entgegenretten. Direktor Fuchs habe es redlich verdient, daß man ihn aus den Sorgen befreie. Angenehm wäre es, wenn der Direktor keine Aufführungen von „Autofleisch“ und „Große Hoffen“ nötig hätte; das gehe aber nicht immer; ebenso wenig würde sich eine Mehrheit finden, das Gehalt von 6000 Mark auf 12 000 Mark zu erhöhen. Herr Fuchs wäre bisher gar nicht in der Lage gewesen, nach aufzutreten; für die Zukunft würden wohl einige Ausnahmen gestattet werden. Dem Chor in seiner Gesamtheit ganzjährig anzustellen, gehe aus finanziellen Gründen nicht, es lasse sich jedoch darüber sprechen. Der wichtigste und schwierigste Teil bilde stets die Platzpreisfrage; empfehlenswert wäre, wenn man darin nicht allzu oft Aenderungen eintreten lassen würde. Reden lasse sich ja darüber. Wenn der Sperrstich ausverkauft sei, bringe er die größte Summe. Der Sperrstich ist früher zu 37 Prozent ausgenutzt worden, in dieser Saison bis zu 50 Prozent. Verschiedener Ansicht könne man sein über den Preiseinschluß der Garderobe auf das Billett. In Hamburg mache man das nicht, dort erfahre das Publikum erst an der Kasse, daß sogar noch die Luftfahrtssteuer in Betracht komme. Wichtig ist, daß Fälle vorgekommen sind, wie sie Löwigt angedeutet hat.

Senator Cörs: Wir haben uns heute nicht mit der Einführung der Regie zu beschäftigen. Das Regietheater kostet erheblich mehr als der heutige Betrieb.

Senator Dr. Fehling wünscht eine andere Fassung der Vorlage, weil das Budget schon verabschiedet ist. Für die Jahre 1912/13 sollen je 31 000 Mark eingestellt werden.

Aug. Pape wünscht Kommissionsberatung. Die Vorlage vom vorigen Jahre sei noch nicht erledigt, da könne man doch die neue nicht verabschieden. Redner weist auf die verschiedenen Ersparungen hin, da könne man doch den Vertrag nicht zurückdatieren. Wir hätten finanzielle Interessen zu vertreten, die Platzpreisfrage müsse beraten werden, es bleibe nichts anderes als Kommissionsberatung übrig. Je billiger sich eine Sache stelle, desto mehr werde sie benutzt. So sei es auch mit dem Theater. Die Theaterbehörde sollte aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt werden. In der Bevölkerung herrsche gegen die jetzige Theaterbehörde eine Mißstimmung, die ungünstig auf den Besuch wirke. Die Künstler dürften auch nicht nach auswärtig geschickt werden; wir sollten versuchen, das Publikum anzuziehen. Gelitten habe der Besuch ferner durch das Heranziehen unbekannter schauspielerischer Kräfte.

Senator Cörs wendet sich gegen Kommissionsberatung. Der Antrag sei durch die Budgetberatung verzögert worden. Dieses Jahr stelle sich die Rechnung im ganzen wohl günstiger, aber nicht insolge vermehrter Einnahmen. Die Preisermäßigung der Plätze habe das Erwartete nicht erfüllt. Abgewiesen habe noch niemand werden müssen, bei einem bestimmten Platz verlangt habe, ausgenommen bei einzelnen Tagen mit besonders hohen Preisen. Herrn Löwigs Ausführungen bezüglich des Ergebnisses der ersten Monate trafen nicht ganz zu. Im ganzen würden wir etwa 10 000 Mk. günstiger abschließen als im vorigen Jahre.

Albers wünscht billigere Duzendbilletts, wodurch sich der Besuch steigern ließe. Die Differenzierung zwischen Opern- und Schauspielpreisen sei nicht genügend. Tief bedauerlich sei der geringe Besuch guter Schauspiele. Die Mißstimmung der deutschen Künstler lehre sich nicht gegen die Bürgergesellschaft, sondern gegen gewisse Strömungen in der Theaterbehörde. Redner wendet sich noch gegen die beabsichtigte Aufführung von „Terje und Petje“ und pflichtet in dieser Beziehung Löwigt bei.

Senator Cörs hält Duzendbilletts nicht für vorteilhaft. Im allgemeinen halte man eine Preisermäßigung zweckmäßiger als Duzendbilletts.

Dr. J. Meyer steht in einer Kommissionsberatung keinen Vorteil. Herrn Aug. Papes Einwendungen trafen hier nicht zu. Kleinstädtisch sei die Annahme, daß der Theaterbesuch durch eine Person ungünstig beeinflusst werde. Sehr erwünscht sei die Vertretung aller Kreise in der

Theaterbehörde, es lege ganz in der Hand der Bürgergesellschaft entsprechende Vorschläge dem Senat entgegenzubringen. (Beifall Löwigt: Diese werden vom Senat dann abgelehnt!) Dann müssen eben solche Vorschläge gemacht werden, die der Senat annimmt. Redner wendet sich ferner gegen Albers. Albers habe den Beweis erbracht, daß die Schauspielpreise keine Ermäßigung verträgen. Eine Erhöhung der Einnahme würde dadurch nicht erzielt. In die Abonnementbilletts teilen sich heute schon so viele Leute, daß eine weitere Verbilligung nicht gut sei. Der Direktor habe für Vermehrung der Einnahmen zu sorgen, deshalb könne man es ihm nicht verargen, wenn er auch durch auswärtiges Spiel dies verluche. Das habe günstig auch auf den Besuch des hiesigen Theaters gewirkt. Das Verhältnis der Künstler untereinander und zum Publikum sei ein ganz vorzügliches. Gefährdet werde ja viel, und hauptsächlich am Theater; aufrecht erhalten werde aber der Klatsch nachher nicht.

Dr. v. Brocken: Die Forderung auf Nachbemittlung von 82 000 Mk. an Direktor Fuchs ist sachlich erledigt. Persönlich will niemand Herrn Fuchs haftbar machen; aus guten Gründen mußte diese Forderung erlassen werden. Das kommt hier in dem neuen Vertrag gar nicht in Betracht. Wesentlich ist die Auffassung, daß die Zusammensetzung der Behörde ungünstig auf den Besuch wirkt. Diese Behörde muß mit Finanzen und künstlerischer Auffassung rechnen, ihre Arbeit ist nicht leicht. Überhaupt sind Personensfragen hier sehr oft angeschnitten worden; im Parlament ist dieses nicht angebracht. Herrn Fuchs' Geschäftsführung ist so einwandfrei und wohlwollend, daß sie nur Dank verdient. Jetzt ist die Vertiefung da, um Herrn Fuchs den Gegenstand damit abzustatten, daß wir ihm eine sorgenfreie Existenz schaffen.

Neuner macht auf die Freibillette eine auswärtige Zeitungen aufmerksam, die mit Hilfe dieser geschäftlichen Vorteile zum Schaden hiesiger Gewerbetreibender machen. Der „Schönberger Anzeiger“ handle so.

Die Senatsantwort ist unverständlich. Albers vertritt nochmals die Schauspielpreisermäßigung.

Dr. J. Meyer: Die auswärtigen Zeitungen, die Theaterbilletts erhalten, liefern die Inzerate frei. Wenn Herr Neuner Verbesserungen dieses Zustandes weiß, dank soll er sie uns zur Mitteln. Duzendbilletts bewahren sich auch in der Stadthalle nicht, deren gegenwärtige Einnahmen nur aus der Garderobengebühr bestehen.

Neuner betont, er wende sich nicht gegen die Freibillette, sondern gegen den Mißbrauch, daß diese verschwendet werden, wenn ein geschäftlicher Auftrag erteilt wird.

Mantau ist der Meinung, daß zur Beaufsichtigung des Fundus während der Spielzeit besser ein Dekorationsmaler statt des vorgeordneten Inspektanten angestellt wird. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Senator Cörs tritt diesem Wunsche entgegen. Es seien hier schon zwei Malermeister, die gute Dienste geleistet hätten.

Mantau zieht seinen Antrag zurück. Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Dr. v. Brocken richtet ein Ersuchen an den Senat, bei Besetzung von Richterstellen unter gleichen Verhältnissen Lübecker Bewerber unbedingt vorzuziehen.

Senator Dr. Fehling gibt hierzu eine längere Erklärung, nach der die Justizverwaltung in erster Linie dem Wünsche nachkommt. Über die Sorge um die Rechtsprechung müsse vorangehen. Alle erwägenswerten Umstände würden berücksichtigt, doch könne eine Auffrischung des Blutes nicht verhindert werden, sie habe sich als vorteilhaft erwiesen. Die Anstellungschancen für die jungen Lübecker Juristen seien in den letzten Jahren durchaus günstig gewesen. Bei gleichen Vorbereitungen halte die Lübecker Justizverwaltung streng darauf, dem Antrage Dr. v. Brocken zu entsprechen.

Dr. v. Brocken ersucht um Annahme seines Ersuchens. Er zweifle daran, ob alle Instanzen, die sich mit der Anstellung der letzten zwei Richterstellen befaßten, darüber klar waren, wie schwierig es gerade Lübecker Juristen sei, auswärts Anstellung zu finden. Eventuell sollte man vor fester Anstellung Auswärtiger die Stellen für hiesige Bewerber offen halten, bis sie in sie hineinwachsen.

Mantau unterstützt den Antrag des Vorredners. Bei der letzten Anstellung eines Hilfsrichters wurde vom Landgerichtspräsidenten ein Oldenburger telegraphisch gerufen.

Dr. C. Meyer hätte lieber gesehen, wenn dieser Fall nicht angeführt worden wäre, denn es habe sich nur um eine Vertretung für einen erkrankten oldenburgischen Richter gehandelt, der von dort aus ersetzt werden mußte. Sie wurde dann doch durch einen hiesigen Herrn besetzt.

Dr. J. Hebe: Nicht nur die hiesige Anwaltschaft, sondern auch die anderen Juristen unterstützen den Antrag Dr. v. Brocken. Eine Abschließung wollen wir nicht, das zeigt auch, daß sämtliche gehobene Richterstellen von Nichtlübeckern besetzt sind.

Das Ersuchen Dr. v. Brocken wird direkt dem Senat überwiesen.

3. Antrag: Gewährung einer Altersunterstützung von jährlich 950 Mk. an den Schulfürher Heinrich Schunk.

Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag: Neubau eines Schulhauses für die höhere Mädchenschule von Str. Freese bis zur Summe von 235 000 Mk.

Dr. Grube stellt den Antrag, das Gebäude in der Baustraße und nicht wie der Senat wünscht, in der Straßengrundlinie zu errichten. Schon im Interesse der architektonischen Schönheit dürfe dem Senatsantrag nicht zugestimmt werden. Ein Vorgarten sei notwendig wegen der noch zu erwartenden Verkehrsteigerung. Wenn unsere Baugesetze den Privaten Vorgärten auferlegen, dann darf sich der Staat nicht darum drücken. Es entstehen so viele so allerlei Nachteile, die Kleinsten müssen natürlich in Kauf genommen werden.

Klein: Der Antrag wurde seinerzeit mit 2 Stimmen Mehrheit angenommen. Ich bin heute noch gegen diesen Platz, denn den Bewohnern des Gürtentors wird ein freies Platz nach dem andern genommen. Man sollte Privatheit überhaupt keine Schulen aus staatlichen Mitteln bauen. Würde sich der Senat nicht auf den Falkenplatz so verhalten, wären manche Mängel nicht hervorgetreten. Eine Kellerwohnung, wie sie für den Schuldiener vorgesehen wird, ist heute nicht mehr angebracht. Ich lehne die Vorlage glatt ab.

Senator Kulenkamp hält die Platzfrage längst für erledigt. Für den Falkenplatz existiere keine Baufluchtlinie, nur für die Falkenstraße. Der Vorgarten würde den Schulhof viel zu viel verkleinern.

Baudirektor B. A. Gerstl hebt hervor, daß die schematische Vorrichtung über Vorgärten nicht mehr überall Geltung habe. Abweichungen habe man hier in verschiedenen Straßen schon geltend lassen. Wir hätten ein Interesse daran, den Schulspielplatz recht groß zu gestalten. Dies sei viel besser als ein Vorgarten. Von einer Verschlechterung des Straßenschnittes durch Beglassung des Vorgartens könne man nicht reden. Die Falkenstraße sei mit ihren 25 Metern die breiteste Verkehrsstraße Lübecks. Die Schuldienerwohnung (Kellerwohnung) liegt gar nicht unangenehm.

Aus der Partei.

Ein Irrtum des Reichsanwalters. In der Sitzung des Reichstags vom 16. April hat bekanntlich der Reichsanwalt gegen die „Leipziger Volkszeitung“ scharf zu machen versucht, indem er darauf hinwies, daß er den Staatssekretär des Reichsjustizamts gebeten habe, gegen das genannte Blatt strafrechtlich vorzugehen. Und zwar sollte die „Leipziger Volkszeitung“ Einrichtungen des christlichen Glaubens verspottet haben. Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt nun aber mit, daß sich Herr v. Bethmann-Hollweg geirrt hat, da in ihren Spalten kein solcher Artikel erschienen sei. Zum Schluß wird unser Bruderorgan noch die Frage auf: Wenn wir mit der gleichen Leichtfertigkeit Behauptungen aufstellen würden, wie der höchste Beamte des Reiches, mit welchen Schimpfworten würde uns wohl die bürgerliche Presse und auch Herr Bethmann-Hollweg belegen?

Aus Nah und Fern.

Leichenfund. Im Walde zwischen Lauban und Görlitz fanden Soldaten eine Mädchenleiche. Das Mädchen war von einem unbekannten Automobil überfahren und die Leiche dann in den Wald geschleift worden.

Bei einem Brande in Fischbach bei Hirschberg sind der Stellenbestzer Kriete, ein siebenjähriges Kind und die Witwe Kriete um gekommen.

Fürchterlicher Mord. In dem Dorfe Jaskowice bei Krakau fand man den 70 Jahre alten Bauern Swast mit den Beinen an einem Baum aufgehängt vor. Der Kopf steckte im Kot. Der Tod war durch Erdrösten eingetreten. Als des Mordes verdächtig sind seine beiden Brüder, die mit ihm einen Grundstücksprozeß führten, verhaftet worden.

Eiseruchts-Tragödie in München. In einem Hause der Reichenbachstraße zu München hat in der Nacht zum Sonntag der Metzger Leger seine frühere Geliebte, eine Kellnerin, durch Messerstiche getötet und deren Begleiter, einen Wirtsohn, durch Messerstiche schwer verletzt. Der Täter wurde sofort verhaftet. Das Motiv der Tat ist Eiserucht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Dr. Schlämer: Wie werden gegen die Vorlage Stimmen und zwar zum Teil aus den nämllichen Gründen wie Herr Klein. Wir sind enttäuscht dagegen, daß dieses Gebäude auf dem Falkenplatz errichtet wird, wie wir auch begehren, daß der Staat für private Schulen Gebäude errichtet. Es wird gesagt, diese Errichtung beruhe auf einem bereits gefaßten Rat- und Bürgerschaftsbeschluß. Deshalb können wir aber doch ruhig in unserer ablehnenden Haltung beharren, wie dies früher auch schon geschah; ich erinnere nur an die Hochbrücke über die Trave. Bedenken treten ferner auf über die Schulwärterwohnung, bei der alle Regeln der Hygiene außer acht gelassen werden. Ich habe im Bürgerausschuß schon gesagt, daß es allmählich hier Regel wird, sämtliche Schulwärterwohnungen in den Keller zu verlegen. In der Vorlage wird gesagt, es gehe hier nicht anders, man wolle sehen, ob es bei anderen der Fall ist. Aber immer kehrt dieselbe Ausrede wieder. Mit diesem Prinzip muß endlich einmal aufgeräumt werden. Der Staat hat die Pflicht, gute Wohnungen zu bieten. Wenn der Staat Kellerwohnungen errichtet, kann man es auch den Bauunternehmern nicht verweigern; empfehlenswert sind sie namentlich vom ärztlichen Standpunkt aus nicht. Ich habe bei einer Familie in einer Kellerwohnung eine Depression des Nervensystems wahrgenommen. Ein Mitglied des Bürgerausschusses meinte zwar, er kenne jemand, der im Keller des Justizgebäudes wohne und doch ein fröhlicher Mensch sei. Manchem bekommt eben etwas gut und manchem nicht. Es gibt ja auch Leute, die zwölf Glas Bier trinken können ohne umzufallen, wieder andere nicht ein Glas. Wer eine starke Natur hat, hält's jahrelang in einer Kellerwohnung aus. Ich bitte den Lockungen des Senats nicht zu folgen und wieder ausnahmsweise eine Kellerwohnung anzulegen.

Vandirektor Valger betont, daß man bei Errichtung von Schuldienerwohnungen nicht immer die Hygiene allein sprechen lassen könne, die finanzielle Frage käme auch in Betracht. Ein besonderes Haus könne man nicht bauen, es würde 4300 Mk. mehr kosten.

Sippert: Bei einem so großen Objekt spielen doch 4300 Mk. für eine gesunde Schuldienerwohnung keine Rolle. Wie die Wohnung vorgesehen ist, wird sie eine feuchte Behausung werden. Es müssen drei Lichtschächte gegraben werden, um Licht dafür zu schaffen. In der Falkenstraße ist nämlich an der Bauaufsichtliche festgehalten worden, aus Versehen wurden einige Gebäude zwei Meter zu weit vorgebaut, den nebenanliegenden Besitzern dieselbe Bitte abgelehnt.

Anfere Schulen in der Stadt leiden an Raum-mangel, wir müssen so wie so Platz schaffen; bis zur endgültigen Regelung sollte man die Freiesche Schule provisorisch unterbringen, zumal der Ausbau der Ernestinen-Schule zu einer Studienanstalt eine Abwanderung aus der Freieschen Schule zur Folge haben wird.

Dr. C. Meyer widerspricht Dr. Schlomers Ausführung in bezug auf die Kellerwohnungen, die ein gedrücktes Wesen für die Bewohner zeitigen sollen. Herr Dr. Schlomer habe im Bürgerausschuß Redners Ansicht als latente bezeichnet. Eine solche Auslegung stehe auf derselben Stufe wie die Ansicht der Herren, die eine zweite Lesung des Budgets für notwendig erachten und es doch ablehnen.

Wandfe tritt für den Senatsantrag ein.

Senator Kulenkamp hält Kellerwohnungen nicht für wünschenswert; die vorgesehene jedoch nicht für ungesund. Wollte man einige tausend Mark mehr ausgeben, stelle sich die Schulbehörde dem nicht entgegen. Redner verweist auf seine früheren Ausführungen über die Notwendigkeit des Banes, weil sich keine weitere Unterkunft biete.

Heinsohn stellt den Antrag, die Mehrkosten für die Schulwärterwohnung zu bewilligen.

Aug. Wape: Es ist ausgeschlossen, daß man für die ausgesprochene, geringe Summe eine Schulwärterwohnung bauen kann. Die jetzige Vergütung ist unangebracht. Am besten ist dann noch, wir bewilligen die 235.000 Mk. unter der Bedingung, daß das Gebäude unterhalb des St. Johannis-Jungfrauenklosters gebaut wird.

Cunze glaubt durch eigene Errichtung eines Schulwärterhauses würde das vorgesehene Projekt gestört, auch die eventuelle Erweiterung der Schule verhindert.

Der Antrag Grube wird abgelehnt, derjenige von Heinsohn, die Summe auf 239.000 Mk. zu erhöhen, erleidet das gleiche Schicksal.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Dr. Ziehl bemängelt, daß zu diesen Anträgen die Protokolle des Bürgerausschusses den Bürgerschaftsmitgliedern nicht zugegangen seien. Er ersucht darum.

Der Vorsitz wird diesem Wunsch entsprechen.

3. Antrag: Weitere Verstärkung des Abschnittes XIX. der Ausgabenliste des Budgets.

Wird debattelos angenommen.

Die Sitzung wird auf kommenden Montag vertagt. Schluß 10^{1/2} Uhr.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich.
E. Römer u. Frau geb. Bruhn.
Lübeck, den 21. April 1913. (3278)

Für die vielen Aufmerksamkeit zu unserer Vermählung sagen herzlichsten Dank
Franz Szodrinsky
Dora Szodrinsky
geb. Barkmann.
Am 17. April starb beim Militär in Danzig unser Hebrer Sohn
Heinrich
Steinfeger, im Alter von 21 Jahren.
Dies betrauert von seinen Eltern, Geschw. Schwager u. Schwägerin.
Carl Rocks u. Frau
geb. Grabbert.



Im Genuß liegt der Wert!
„Unsere Marine“
2 Pf.-Cigarette.
Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich.
E. Römer u. Frau geb. Bruhn.
Lübeck, den 21. April 1913. (3278)

Für die vielen Aufmerksamkeit zu unserer Vermählung sagen herzlichsten Dank
Franz Szodrinsky
Dora Szodrinsky
geb. Barkmann.
Am 17. April starb beim Militär in Danzig unser Hebrer Sohn
Heinrich
Steinfeger, im Alter von 21 Jahren.
Dies betrauert von seinen Eltern, Geschw. Schwager u. Schwägerin.
Carl Rocks u. Frau
geb. Grabbert.

Gehr. Ladeneinrichtung
3122) Johannstraße 63.
Kinderwagen ganz a. Nief. u. G. f. 12 Mk. zu verk. Waisenhoftstr. 35. Lr.
Eine Sportcar auf Gummi zu verkaufen. (3307) Feldstr. 34. II. L.
Zaatarfelfeln zu verkaufen. (3279) P. Rohde, Moisling.
Blau-franz. öliche Pflanz- und Gartentoffeln billig abzugeben, pro Zentner 2.75 Mk. (3280) Adlerstraße 46a. I.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuheuter**, per Pfund 65^{1/2} unübertroffen im Geschmack
3305 Frisch eingetroffen sehr schöne **Bauern- u. Hof-Butter** per Pfund 1.20 Mk.
Königsstr. 98. Th. Storm Nachf., Fernbr. 473.

Beerdigungsinstitut Gebr. Mütter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebnahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.
Abreisenden aufbewahrt u. nachgekauft werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Stoffe etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft Fischergr. 52. (184)

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet: Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Labera-Rabattmarken.
Wegen Aufgabe meines Herren-Garderoben-Geschäfts
Total-Ausverkauf: Herrenstoffe zu Anzügen fertige Herren-Anzüge Herren-Anzüge Hüte, Mützen, Schirme, ...
zu u. unter Einheitspreisen.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185)

Pa. dicke Flomen b. Abn. v. 4 Pfd. p. Pfd. 75^{1/2}
Pa. fett. u. mageren Speck b. Abn. v. 4 Pfd. p. Pfd. 90^{1/2}
Pa. weißes Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd. p. Pfd. 80^{1/2}
Dicke Rippen ... p. Pfd. 80^{1/2}
Fr. Kochripp. p. Pfd. 60, 40, 30^{1/2}
Fr. Kopf u. Bein p. Pfd. 25^{1/2}
Fr. Eisbein ... p. Pfd. 60^{1/2}
Karl Lahrz, Böttcherstr. 14/16. vorm. M. Lahrz. (3288)

Unübertroffen wäscht Ragoda
Einzig in seiner Art. D. R. G. M. 143136-7
Überall zu haben
Weißwasche ohne Color-Verbrauch
Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 fl. Doublee- oder goldplattierte Damen-Uhrkette 220 NSW. Schumann u. Wille, Wittenberge.

Habe ein
2jährig. Füllen
geschlachtet, wovon ich das Fleisch meiner letzten Kundenschaft heute u. folgende Tage befreit empfehle.
Ernst Wulff
Dankwartgrube 34

Achtung! Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgeg.
Versammlung der weiblichen Mitglieder am Donnerstag, d. 24. April abends 8^{1/2} Uhr im Gesellschaftshaus L. Pactan. (591) Die Vertrauensperson.

Achtung! Zentralverband der **Maschinisten und Heizer.** Zahlstelle Lübeck.
Versammlung am Mittwoch, dem 23. April abends punkt 9 Uhr.
Es ist dringend notwendig daß jeder Kollege erscheint. (3290) **Der Vorstand.**

Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Lübeck.
Öeffentliche **Versammlung** aller in der **Bürstenindustrie** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Donnerstag, d. 24. April abends 6 Uhr im Lokale des Herrn Lorenz Margaretenstraße.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie und wie wurden dieselben durch die Organisation beeinflusst.
Referent: Kollege Scheffler-Schönheide.
2. Freie Diskussion. (3295) Die Branchenleitung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Nachruf.
Am Montag, dem 21. April starb unser Mitglied, der Kamerad
Wilhelm Möller
im 46. Lebensjahre.
Seine letzten Wünsche:
Beerdigung am Donnerstag, dem 24. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Kameraden Friedrichs.
Geld zu sofort ein gültiges **Morgen-Mädchen.**
Geld der Seele entlassene Mädchen für den nächsten Tag.
1. Einmalkauf. 2. Doppelpackung.
Lübeck, den 21. April 1913.

EL Bössel
37 Börnstraße 37.

Ernst Wulff
Dankwartgrube 34